

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues auszuprobieren, widersprechen zu können - all das sind tiefe menschliche Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue Bedrohungen ~~— Überwachungsorgien entfesselter Geheimdienste wie NSA und Co., — die technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen geratener Sicherheitsdiskurs, aber auch Gefahr~~ der Klimakollaps missbräuchlichen Nutzung unserer digitalisierten Daten durch Geheimdienste oder Privatwirtschaft in nahezu allen Lebensbereichen, aber auch drastische Auswirkungen von Klimaveränderungen und das Artensterben.

Begründung

Die unrechtmäßige Überwachung der Bürger*innen durch Geheimdienste ist nur ein Aspekt sehr viel umfassenderer Probleme, die sich durch die Möglichkeiten und die sehr dynamische Entwicklung der Digitalisierung ergeben. Eine Begrenzung auf diesen Teilaspekt scheint als Einleitung neben den großen Themenkomplexen Klimawandel und Artenschutz nicht ausgewogen. Zudem wirkt die

Wortwahl sprachlich unsachlich.

UnterstützerInnen

Rudolf Witzke (KV Heidelberg) Jörg Partsch (KV Freiburg) Horst Schiermeyer (KV Görlitz) Rafal Piasecki (KV Freiburg) Hartmut Gündera (KV Heidelberg) Vasili Franco (KV Freiburg) Walther Moser (KV Freiburg) Dierk Helmken (KV Heidelberg) Benedikt Kaukler (KV Freiburg) Walter Molt (KV Freiburg) Thomas Riemeier (KV Lippe) Pascal Haggenmüller (KV Freiburg) Christine Redlingshöfer (KV Freiburg) Andreas Wiessler (KV Breisgau-Hochschwarzwald) Ramon Katrein (KV Freiburg) Matthias Falk (KV Freiburg) Christian Hey (KV Steglitz-Zehlendorf) Georg Berberig (KV Freiburg) Dietmar Ferger (KV Lörrach)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues auszuprobieren, widersprechen zu können - all das sind tiefe menschliche Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue Bedrohungen - Überwachungsorgien entfesselter Geheimdienste wie ~~NSA~~NSA, GCHQ, BND und Co., die technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen geratener Sicherheitsdiskurs, aber auch der Klimakollaps und das Artensterben.

Begründung

Die Aktivitäten des BND und GCHQ werden in der Debatte oft ausgeblendet. Häufig wird von den "bösen" ausländischen Geheimdiensten gesprochen. Mit der Erwähnung des BND wird deutlich gemacht, dass die Problematik Geheimdienste und deren Arbeit generell in Frage stellt und geheimdienstliches Handeln in einer Demokratie überdacht werden muss.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues auszuprobieren, widersprechen zu können - all das sind tiefe menschliche Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue Bedrohungen - ~~Überwachungsorgien~~ ~~entfesselter~~ grenzenlose Überwachungsprogramme unkontrollierbarer Geheimdienste wie NSA und Co., die technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen geratener Sicherheitsdiskurs, aber auch der Klimakollaps und das Artensterben.

Begründung

Ausdruck

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 2 - 14:

Der Wunsch nach Freiheit hat Menschen und progressive politische Bewegungen schon immer beflügelt. Sich selbst verwirklichen zu können, Neues auszuprobieren, widersprechen zu können - all das sind tiefe menschliche Bedürfnisse. Freiheit zu schützen und zu verwirklichen war und ist ein Kernanliegen grüner Politik. Und auch, wenn elementare Freiheiten heute in unserem Rechtsstaat garantiert sind, ist das Ringen um Freiheit und Selbstbestimmung noch lange nicht zu Ende. Angesichts eines ungekannten wirtschaftlichen Wohlstands und neuer technischer Möglichkeiten entstehen derzeit neue Chancen und Räume der Freiheit. Demgegenüber stehen neue Bedrohungen - Überwachungsorgien entfesselter Geheimdienste wie NSA und Co., die technische Neuerungen zur Massenüberwachung missbrauchen, ein aus den Fugen geratener Sicherheitsdiskurs, ein nie dagewesener Leistungsdruck und Selbstoptimierungswahn, aber auch der Klimakollaps und das Artensterben.

Begründung

Der Diskurs zur Leistungsgesellschaft, der auch im Schwerpunkt Zeitpolitik aufgegriffen wird, muss mit der Freiheitsdebatte verknüpft werden.

FR-01-026

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: KV Lippe

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und
partizipativ, verantwortungsbewusst und
solidarisch**

Im Absatz von Zeile 22 - 27:

Uns einen als Partei diese Grundwerte. Als Partei der Ökologie treten wir ein für eine offene Gesellschaft und erweiterte Gerechtigkeit. Wir sind als Grüne weder eine konservative, noch eine liberale oder sozialdemokratische Partei, sondern eine eigenständige politische Kraft. Wir wollen unser originär grünes Profil weiter ~~schärfen und den Menschen klarmachen, warum~~schärfen, denn es lohnt sich national wie international, sich ~~lohnt~~ für Freiheit einzusetzen. Um dabei erfolgreich sein zu ~~kämpfen~~ national wie international können, werben wir um die Unterstützung unserer Mitbürger*innen.

Begründung

Begründung:

Wir Grüne sollten nicht weiter den Eindruck entstehen lassen, dass wir Politik machen, um den Leuten die Welt zu erklären.

Deshalb sollten wir auch darauf achten, dass unser Auftreten und unsere politischen Beschlüsse weniger selbstgefällig-überheblich wirken – denn genau diese Wirkung dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Kampagnen gegen Grün im Bundestagswahlkampf 2013 ihre für uns verheerende Wirkung erzielen konnten.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 28 - 44:

Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter anderem für mehr Freiheitsräume, ~~Bürgerrechte~~BürgerInnenrechte und die Anerkennung alternativer Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde des Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Mit unserem Eintreten für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des europäischen Friedensprojekts haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 28 - 44:

Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter anderem für mehr Freiheitsräume, ~~Bürgerrechte~~ Menschenrechte und die Anerkennung alternativer Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde des Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Mit unserem Eintreten für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des europäischen Friedensprojekts haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

Begründung

Im gesamten Antrag BürgerInnenrechte/Bürgerrechte durch Menschenrechte ersetzen.

"Bürger" schließt viele Menschen nicht mit ein die eben keine Bürger*innen sind wegen fehlender Staatszugehörigkeit zum Beispiel. Die sollten aber mit eingeschlossen werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 28 - 44:

Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter anderem für mehr Freiheitsräume, Bürgerrechte und die Anerkennung alternativer Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde des Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Unser Maßstab für eine freie Gesellschaft war immer die Lebenswirklichkeit derjenigen, deren freie Entfaltung durch Diskriminierung und Ausgrenzung eingeschränkt wird. Mit unserem Eintreten für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des europäischen Friedensprojekts haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

Begründung

Unser Verständnis für Freiheit basierte immer auf dem Abbau gesellschaftlicher Diskriminierung. Ausdruck dieser Haltung ist sowohl unser leidenschaftliches Streiten für Geflüchtetenpolitik wie die kompromisslose Haltung der Baden-Württembergischen Landesregierung gegenüber den Bildungsplan-Protesten. Das unterscheidet uns von allen anderen Parteien und macht uns eigenständig.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 28 - 44:

Wir sind aus vielfältigen Wurzeln zusammengewachsen. Unsere Gründungsgeschichte ist verbunden mit sozialen Bewegungen, die in einer verkrusteten BRD unter anderem für mehr Freiheitsräume, Bürgerrechte und die Anerkennung alternativer Lebensstile eingetreten sind. Unser Parteiname BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN steht für die Verbindung der westdeutschen Neuen Sozialen Bewegungen und ihrem Streben nach Freiheit und Emanzipation mit der ostdeutschen Freiheitsbewegung. Vor 25 Jahren ist die Mauer gefallen, weil Menschen leidenschaftlich für die Freiheit und gegen staatliche Bevormundung und Gängelung gekämpft und ihr Leben riskiert haben. Das wird uns gerade dieser Tage einmal mehr bewusst. In dieser Tradition bewegen wir uns und leiten daraus einen grünen Freiheitsbegriff ab. Die Würde des Menschen steht bei uns an erster Stelle. Daran orientieren wir uns in unseren Leitlinien, unseren Werten und unserer Politik. Mit unserem Eintreten für Frauenrechte, für die Rechte von MigrantInnen und Flüchtlingen und die Rechte Homosexueller haben wir wichtige Voraussetzungen für eine freie und vielfältige Gesellschaft geschaffen. Und als überzeugte Verfechterin des europäischen Friedensprojekts und Vereinigungsprozesses haben wir dazu beigetragen, die Freiheit in Europa ohne Grenzen zu reisen, zu lernen und zu arbeiten zu erkämpfen.

Begründung

Die EU ist nicht nur ein Friedensprojekt, sondern in den Jahren zu viel mehr geworden.
Nationalstaaten gehen mehr und mehr auf in der Europäischen Idee.

FR-01-052

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: KV Lippe

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 45 - 52:

Wir Grüne haben in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten Freiräume für mehr Selbstbestimmung erkämpft. Auch heute wollen wir mehr Freiheit erstreiten, sie schützen und Bedrohungen der Freiheit zurückdrängen. Wir ringen um den Begriff der Freiheit. Wir sehen ein starkes gesellschaftliches Bedürfnis nach größeren Freiräumen und geschützten Rückzugsräumen. Nach einer Gesellschaft, die nicht nur auf ein Schneller, Höher, Weiter setzt und einem Leben, das Zeit lässt zum Durchatmen. Es gibt den Wunsch nach Gestaltung, die nicht bei jedem Problem auf ~~Law~~Recht und ~~Order~~Ordnung setzt.

Begründung

Begründung:

Wir Grüne sollten nicht unnötig den Eindruck entstehen lassen, dass wir „Akademiker*innen-Politik“ machen, denn das schafft in der Außenwahrnehmung eine – vermeidbare – Distanz. Dazu gehört auch unsere Sprache. Fachbegriffe, Fremdwörter und Anglizismen sollten daher sparsam und nur wo wirklich nötig verwendet werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Mathis Weselmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 53 - 61:

~~Doch unser Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung~~ Freiheit ist ~~gerade in der jüngeren Vergangenheit~~ nicht immer so wahrgenommen, teils sehr bewusst ~~missinterpretiert und~~ nur ein Grundpfeiler Grüner Politik sondern auch ~~von uns~~ ihr Grenzpfiler. Wir erkennen das kritische Potenzial an, das individuelle Freiheit gegenüber jeder Politik hat. Es ist nicht ~~immer so~~ signalisiert worden. Die das Ziel Grüner Politik, jeden und jede zu ökologischer und sozialer Wohlanständigkeit, zu gesunder Lebensweise oder einem bestimmten Familienmodell zu erziehen, sondern gesamtgesellschaftliche soziale und ökologische Probleme zu lösen. Der Eingriff der Politik in die individuelle Lebensführung kann nur gerechtfertigt sein, wenn sie einen substantiellen Beitrag zur Lösung eines gesamtgesellschaftlichen Problems leistet. Eine Politik, die Freiheit anerkennt, übt sich darum in vernünftiger Zurückhaltung.

Die politische Linke hat den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung viel zu häufig vernachlässigt und der politischen Rechten überlassen. Neoliberale haben Freiheit ohne Verantwortung gepredigt und für maßlose Deregulierung missbraucht. Für die Freiheit der Zocker muss jetzt die Gemeinschaft geradestehen. George W. Bush hat mit dem Ruf nach Freiheit nach dem 11. September 2001 den War on Terror und den Aufbau einer allumfassenden Überwachungsinfrastruktur gerechtfertigt.

Begründung

Begründung:

Die Freiheitsdebatte darf nicht insofern folgenlos bleiben, als sie in reiner Selbstvergewisserung aufgeht. Wenn wir schon immer alles richtig gemacht hätten und eigentlich schon immer in allen unseren Äußerungen das Recht auf Selbstbestimmung hinreichend geachtet hätten, hätte es einer Programmdebatte nicht bedurft. Wenn die Freiheitsdebatte eine ernst gemeinte Programmdebatte sein soll und nicht nur ein müder PR-Gag um das Stigma der Verbotspartei loszuwerden, muss es zumindest möglich sein, dass am Ende der Debatte eine andere Grüne Politik steht als am Anfang. Es ist deshalb zu einfach zu sagen, die anderen Parteien hätten uns nur verleumdet, als sie uns das Stigma der Verbotspartei anhängten. Es ist zu einfach zuzusagen, wir seien im Kern eigentlich eine Freiheitspartei und das hätten die Wähler nur nicht richtig verstanden. Wir müssen uns fragen: „Könnte sein, dass diese Mär des politischen Gegners so leicht verfangen hat, weil ein Körnchen Wahrheit in ihr war?“ Wir müssen uns diesen Schuh nicht anziehen aber uns doch zumindest fragen, ob er passt.

Eine ernsthafte Beschäftigung mit dem Wort Freiheit muss das kritische Potenzial anerkennen, dass das Wort „Freiheit“ auch gegenüber Grüner Politik hat. Sie muss auch sagen, wo die Grenzen legitimen politischen Eingreifens sind. Eine politische Freiheitsdebatte, die aus lauter Abgrenzungswunsch gegenüber einem neoliberalen Schreckensbild nicht auch über das Verhältnis von Individuum und Staat nachdenkt, verdient diesen Namen nicht.

Mit unserem Ergänzungsvorschlag wollen wir festhalten, dass wir Freiheit nicht zuallererst als gesellschaftliches sondern als individuelles Gut sehen. Der Gedanken einer freiheitlichen Gesellschaft ist ohne den Gedanken individueller Freiheit bedeutungslos. Für uns als Politiker bedeutet dies: Freiheit ist nichts, was wir mit den Mittel der Gesetzgebung herbeiführen können. Wir haben die Menschen weder vor sich selbst zu schützen noch zu sozialer und ökologischer Wohlanständigkeit zu erziehen - schon weil niemand genau sagen kann, was das eigentlich heißen soll. Freiheit ist deshalb nicht nur ein Grundpfeiler sondern auch ein Grenzpfiler legitimen politischen Gestaltungswillens. Unsere Aufgabe ist, die individuelle Freiheit zu achten und zu schützen, indem wir jene ökologischen und sozialen Probleme lösen, die Freiheit gefährden. Natürlich sind Freiheitseingriffe dabei ein notwendiger Bestandteil von Politik. Aber sie hat nicht in die individuelle Lebensgestaltung einzugreifen, sondern die Rahmenbedingungen der individuellen Lebensgestaltung so zu setzen, dass sie gesellschaftlich verträglich ist.

Der Gedanke, dass die individuelle Freiheit in diesem Sinn auch die Grenze der Politik darstellt, fehlt in der ursprünglichen Fassung des Antrags leider weitestgehend. Es ist jedoch aus mehreren Gründen wichtig, sich klar zu einer solchen Selbstbeschränkung des politischen Gestaltungsanspruchs zu bekennen:

- Sie entspricht Grünem Selbstverständnis: Das Recht auf Selbstbestimmung haben wir in unseren Gründungstagen vehement im Hinblick auf Familienmodelle, Sexualität und Frisuren eingefordert. Heute sollten wir es ebenso z.B. im Hinblick auf Mobilität und Ernährung respektieren. Im Unterschied zu Nichtregierungsorganisationen, die für ein bestimmtes Anliegen werben, gebietet die Politik über die exekutive Macht des Staates. Den NGOs gebührt es, durch Kampagnen auf eine öffentliche Bewusstseins- und Verhaltensänderung hinzuwirken. Wenn Politik ihre Macht missbraucht, um bestimmten Modellen der individuellen Lebensgestaltung zu gesamtgesellschaftlicher Verbindlichkeit zu verhelfen, gefährdet sie ihre Legitimität.
- Punkt 1.6 des Grünen Grundkonsenses hält klar fest, dass politische Macht, die ohne hinreichenden gesellschaftlichen Auftrag oder in unverhältnismäßiger Weise ausgeübt wird, in illegitime Gewalt umschlägt. Die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und der hinreichenden demokratischen Legitimation sind für und die Grenzen jedweden legitimen politischen Handelns. Die gesamtgesellschaftliche Auswirkung von individuellen Verhaltensänderungen, ist oft beschränkt. Das liegt an der marktwirtschaftlichen Selbstregulierung. Wenn z.B. viele

Leute weniger Benzin verbrauchen, wird Benzin billiger. In der Folge können wieder mehr Leute mehr mit dem Auto fahren. Der Ressourcenverbrauch lässt sich deshalb durch individuelle Verhaltensänderungen kaum auf ein gesamtgesellschaftlich verträgliches Maß reduzieren. Deshalb sind Regulierungen, die auf den individuellen Konsum zielen, häufig per se unverhältnismäßig.

- Wir haben erkennen müssen, dass die Menschen den politischen Eingriff in ihre persönliche Lebensgestaltung nicht akzeptieren. Wenn sie den Eindruck haben, dass man ihnen ihre Art zu leben verbieten will, leisten sie Widerstand. Das sollten wir aus unserer eigenen Geschichte als Partei verstehen können. Darum gilt: Objektiv ungerechtfertigte Eingriffsversuche auf individueller Ebene gefährden die Akzeptanz für wichtige zukunftsweisende Projekte auf gesellschaftlicher Ebene. Wir verplumpen mit ihnen unser politisches Kapital! Der Veggie-Day war bei vielen Menschen auch deshalb so umstritten, weil diese Maßnahme nur minimalen Einfluss auf das Erreichen des dahinter stehenden ökologischen Zieles hat. Andere Maßnahmen hätten weniger bevormundenden Eindruck bei den WählerInnen verursacht und wesentlich größere Relevanz für die ökologische Frage.

UnterstützerInnen

- Deniz Anan
- Rolf Becker
- Martin Bretzler
- Hans-Joachim Bruns-Kaisinger
- Valentin Büchi
- Viola von Cramon
- Regine Drewniak
- Marcel Ernst
- Lino Klevesath
- Marie Kollenrott
- Annette Neugebauer
- Lara Piepkorn
- Katrin Reuter
- Bettina Rohrdorf
- Raymond Rohrdorf
- Yonas Schiferau
- Susanne Stobbe
- Sascha Völkening
- Heiko Wundram
- Philipp Zeller

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Katja Keul

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 53 - 61:

Doch unser Einsatz für Freiheit und Selbstbestimmung ist gerade in der jüngeren Vergangenheit nicht immer so wahrgenommen, teils sehr bewusst missinterpretiert und auch von uns nicht immer so signalisiert worden. ~~Die politische Linke hat den Wert von Freiheit und Selbstbestimmung viel zu häufig vernachlässigt und der politischen Rechten überlassen.~~ Neoliberale haben Freiheit ohne Verantwortung gepredigt und für maßlose Deregulierung missbraucht. Für die Freiheit der Zocker muss jetzt die Gemeinschaft geradestehen. George W. Bush hat mit dem Ruf nach Freiheit nach dem 11. September 2001 den War on Terror und den Aufbau einer allumfassenden Überwachungsinfrastruktur gerechtfertigt.

Begründung

Freiheit und Selbstbestimmung waren noch nie das Feld der politischen Rechten. Bei aller Selbstkritik geht dieses Lob für den politischen Gegner zu weit und ist außerdem noch unberechtigt.

UnterstützerInnen

- Manfred Sanftleben
- Helge Limburg

- Julia Hamburg
- Nicolai Zipfel
- Abduselam Dogan
- Sascha Völkening
- Ralph Griesinger
- Klaus Rüter
- Hans-Joachim Janßen
- Mechthild Schmithüsen
- Peter Schmithüsen
- Karin Heinemann
- Petra Baur
- Ulrike Kassube
- Willi Petau
- Bela Lange
- Frank Rullmann
- Monika Tautz
- Thomas Künzel

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 62 - 67:

Das zeigt: Es gibt unterschiedliche Vorstellungen von Freiheit. Dem neoliberalen Verständnis von Freiheit, welches vor allem den Staat als unwillkommene Gängelung individuellen Gewinnstrebens wahrnimmt und im Recht des Stärkeren endet, setzen wir eine verantwortungsbewusste, emanzipatorische, partizipative und solidarische Freiheit entgegen.

Freiheit ist für uns Grüne nicht nur Freiheit vor staatlichen Eingriffen, sondern auch Freiheit von der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Die Forderung nach Karrierestreben, der Zwang zur Selbstverwirklichung, die ständige Erreichbarkeit und das Streben nach Konsum sind nur einige Facetten unserer Leistungsgesellschaft, der wir mit mehr Freiheit und Entschleunigung entgegentreten möchten.

Begründung

Freiheit ist Selbstbestimmung, auch was Karriere und Leistungsstreben angeht. Der enorme Leistungsdruck, welcher auf den Mitgliedern der Gesellschaft liegt und die Ökonomisierung aller Lebensbereiche muss hier angesprochen werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: OV Samtgemeine Artland (Beschluss vom 29.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 82 - 83:
Neu hinzufügen:

- Demokratische Grundrechte:
Presse- und Medienfreiheit sowie die Grundrechte auf Versammlung,
Demonstration und Streik sind in einer demokratischen Gesellschaftsordnung
unabdingbar. Sich dadurch ergebende vorübergehende Behinderungen des
Wirtschaftslebens, des Verkehrs oder der Abläufe einzelner Verwaltungen
oder Regierungs-Institutionen dürfen nicht zu einer Einschränkung dieser
Grundrechte oder zu einer Abdrängung auf wenig öffentlichkeitswirksame
Räume führen.

Begründung

Freiheit und demokratische Grundrechte bedingen sich gegenseitig. Daher sollten wesentliche demokratische Grundrechte hier als unabdingbar aufgeführt werden, zumal aufgrund aktueller Ereignisse Einschränkungen des Streikrechts oder Demonstrationsrechts wieder mal zur Diskussion gestellt werden.

FR-01-099

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und
partizipativ, verantwortungsbewusst und
solidarisch**

Im Absatz von Zeile 95 - 103:

Viele Entscheidungen, die wir treffen, haben Auswirkungen auf die ganze Welt. Unser Freiheitsbegriff, der von der universellen Würde aller Menschen ausgeht, berücksichtigt deshalb auch die globalen Zusammenhänge. Wir wollen einerseits den Menschen möglichst viel Platz zur Selbstentfaltung geben, andererseits wollen wir die Gemeinschaft, das Klima und die Artenvielfalt schützen. Damit wir, die Wohlhabenden auf diesem Planeten, unsere Freiheit nicht ~~einige wenige~~ auf Kosten ~~der Gesellschaft, künftiger Generationen,~~ der Umwelt und ärmerer Länder ~~die eigene Freiheit~~ ausleben, braucht es einen Rahmen und Regeln für das Zusammenleben. Wie dieser Rahmen aussieht und was eine legitime Einschränkung ist, muss demokratisch verhandelt werden.

Begründung

"Einige wenige" ist offensichtlich falsch, der Adressat der Aussage müssen alle Wohlhabenden sein.

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Rafal Piasecki
- Vasili Franco

- Hartmut Gündera
- Horst Schiermann
- Walther Moser
- Walter Molt
- Christian Hey
- Christine Redlingshöfer
- Andreas Wießler
- Dierk Helmken
- Dietmar Ferger
- Silke Eisfeld
- Benedikt Kaukler
- Matthias Falk
- Ramon Katrein
- Thomas Reimeier
- Pascal Haggenmüller

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: BAG Tierschutzpolitik (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 104 - 112:

Klar ist für uns, dass es Regulierung und Vorschriften braucht, aber auch freien Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei wird es immer wieder nötig sein, in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Doch konzentrieren wir uns als Anwälte der BürgerInnen bei der notwendigen Regulierung darauf, die Strukturen zu verbessern. ~~Im Lebensmittelbereich setzen wir also bei den ProduzentInnen an und nicht bei den KonsumentInnen. Ob jemand am Donnerstag Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal. Vielmehr wollen wir hohe ökologische Standards und Tierschutz durch artgerechte Haltung durchsetzen und die VerbraucherInnen besser über die Produktionsbedingungen aufklären.~~

Begründung

Es ist uns weder egal was jemand am Donnerstag isst, noch was an einem anderen Tag der Woche gegessen wird. Genauso wenig ist es uns egal, wie oft jemand fliegt, ob er Energie spart, sein Haus isoliert oder Müll trennt.

Die Freiheit des Einzelnen hört dort auf, wo die eines anderen anfängt. Das ist auch bei der Ernährung so. Der enorme Fleischkonsum in unserer Gesellschaft geht nicht nur mit untragbaren Zuständen in der Massentierhaltung einher, sondern auch mit der Verschwendung natürlicher Ressourcen, der Rodung von Regenwald und trägt zudem zum Welthunger bei.

Fakt ist, dass Viehzucht das Klima stärker schädigt als der gesamte Verkehrssektor, rund 90 Prozent der Zerstörung des tropischen Regenwaldes durch Massentierhaltung verursacht wird und dass ein Drittel des Getreides auf der Welt inzwischen verfüttert wird, während 20 Millionen Menschen jährlich

an den Folgen von Unterernährung sterben.

Das darf uns nicht egal sein! Weder donnerstags, noch an einem anderen Tag.

Immer mehr Menschen begreifen, welche Bedeutung ihr Konsumverhalten hat und ändern ihre Ernährung. Seit 2007 hat sich die Zahl der VegetarierInnen in Deutschland verdoppelt. Aktuellen Erhebungen zufolge leben in Deutschland rund 8-9 % der Bevölkerung vegetarisch.

Auch wenn manche GRÜNE den Eindruck hatten, dass der Veggie Day der Partei im Wahlkampf geschadet haben könnte, ist dies kein Grund, das Thema Ernährungswende aus unserer politischen Agenda zu streichen und damit in einer mittlerweile in weiten Teilen der Gesellschaft geführten Debatte zum Schlusslicht zu werden.

Wollen wir WählerInnen (wieder-) gewinnen, so sollten wir daran arbeiten unsere Überzeugungen besser zu transportieren, statt sie über Bord zu werfen.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Rhea Niggemann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 104 - 112:

Klar ist für uns, dass es Regulierung und Vorschriften braucht, aber auch freien Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei wird es immer wieder nötig sein, in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Doch konzentrieren wir uns als Anwälte der BürgerInnen bei der notwendigen Regulierung darauf, die Strukturen zu verbessern. ~~Im~~
Im Lebensmittelbereich setzen wir also vor allem bei den ProduzentInnen ~~an~~
~~und nicht bei den KonsumentInnen. Ob jemand am Donnerstag Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal. Vielmehr~~an. Wir wollen ~~wir~~ hohe ökologische Standards und Tierschutz durch ~~artgerechte~~eine artgemäße Haltung durchsetzen und die VerbraucherInnen besser über die Produktionsbedingungen aufklären. Eine nachhaltige und gerechte Produktion von Lebensmitteln wird sich aber nicht mit dem zurzeit vorherrschenden Konsumverhalten in unserer Gesellschaft vereinbaren lassen. Deshalb werden wir auch weiterhin Kampagnen unterstützen, die Alternativen zu diesem Konsumverhalten aufzeigen und bewerben.

Begründung

Es ist richtig, dass Politik vor allem auf der Ebene der ProduzentInnen ansetzen muss. Allerdings lässt sich nicht verleugnen, dass Änderungen auf dieser Ebene auch Änderungen im individuellen Konsumverhalten nach sich ziehen werden bzw. in gewisser Weise voraussetzen. Eine Beibehaltung des jetzigen Konsumverhaltens ist nicht möglich, wenn wir Lebensmittel gerechter und nachhaltiger

produzieren wollen. Politik kann deshalb auch die Ebene der KonsumentInnen nicht ignorieren und muss Alternativen zum derzeitigen Konsumverhalten aufzeigen und bewerben.

UnterstützerInnen

Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin), Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Klemens Griesehop (KV Pankow Berlin), Robin Völker (KV Neukölln), Vito Dabisch (KV Kreisfrei), Oliver Timm (KV Neukölln), Sybille Steffan (KV Neukölln), Valentin Münschner (KV Neukölln), Bola Olalowo (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Maxi Hoffmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Anna Rabold (KV Pankow), Fritz Marquardt (KV Neukölln), Francisca Fackeldey (KV Neukölln), Tatjana Thiel (KV Neukölln), Lilli Sund (KV Neukölln), Emma Sammet (KV Steglitz-Zehlendorf), Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf), Leila Mawasse (KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 104 - 112:

Klar ist für uns, dass es Regulierung und Vorschriften braucht, aber auch freien Raum für neue Ideen und kreative Ansätze. Dabei wird es immer wieder nötig sein, in die individuellen Freiheiten und Interessen einzugreifen. Doch konzentrieren wir uns als Anwälte der BürgerInnen bei der notwendigen Regulierung darauf, die Strukturen zu verbessern. Im Lebensmittelbereich setzen wir also bei den ProduzentInnen an und nicht bei den KonsumentInnen. Ob jemand am Donnerstag Fleisch isst oder nicht, ist uns herzlich egal. Vielmehr wollen wir hohe ökologische Standards und Tierschutz durch artgerechte Haltung durchsetzen und die VerbraucherInnen besser über die Produktionsbedingungen aufklären. Wir wollen KonsumentInnen dazu ermächtigen, individuelle und informierte Abwägungsentscheidungen zu treffen.

Begründung

Verdeutlichung und Zusammenfassung des Absatzes.

FR-01-114

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 114 - 120:

Grüne Politik formuliert einen klaren

~~Gerechtigkeitsanspruch.~~ Gerechtigkeitsanspruch. Freiheit bedeutet für uns immer auch Freiheit von sozialer Selektion und finanzieller

Benachteiligung. Die sich vertiefende soziale Kluft in Deutschland, die Exklusion vieler Menschen von Arbeit und Bildung und die starke Ungleichverteilung der Vermögen sind für uns nicht hinnehmbar. Wir werden uns hier weiter für die Schwachen stark machen und von starken Schultern fordern, dass sie mehr tragen müssen. Das richtet sich nicht gegen „die Freiheit“, sondern versucht möglichst viel Freiheit für Alle zu eröffnen.

Begründung

Als Partei, die für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit eintritt ist für uns Freiheit auch immer in diesem Zusammenhang zu denken.

FR-01-115

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: KV Lippe

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und
partizipativ, verantwortungsbewusst und
solidarisch**

Im Absatz von Zeile 114 - 120:

Grüne Politik formuliert einen klaren Gerechtigkeitsanspruch. Die sich vertiefende soziale Kluft in Deutschland, ~~die Exklusion~~ das Ausschließen vieler Menschen von Arbeit und Bildung und die starke Ungleichverteilung der Vermögen sind für uns nicht hinnehmbar. Wir werden uns hier weiter für die Schwachen stark machen und von starken Schultern fordern, dass sie mehr tragen müssen. Das richtet sich nicht gegen „die Freiheit“, sondern versucht möglichst viel Freiheit für Alle zu eröffnen.

Begründung

Begründung:

Wir Grüne sollten nicht unnötig den Eindruck entstehen lassen, dass wir „Akademiker*innen-Politik“ machen, denn das schafft in der Außenwahrnehmung eine – vermeidbare – Distanz. Dazu gehört auch unsere Sprache. Fachbegriffe, Fremdwörter und Anglizismen sollten daher sparsam und nur wo wirklich nötig verwendet werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Manuel Emmler (KV Pankow)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 127 - 135:

Es ist für uns selbstverständlich, dass sich Gerechtigkeit nicht in der Gängelung der Menschen durch eine Sozialbürokratie verwirklicht.

Empowerment ist das Schlüsselwort: der Staat soll zur Selbstbestimmung befähigen und zur Freiheit unterstützen. ~~Grüne~~

Perspektivisch halten wir die Einführung eines Grundeinkommens für eine interessante Idee. Es könnte unsere Sozialbürokratie grundlegend erneuern und zahlreiche Sozialleistungen ersetzen. Menschen, die in Not geraten und auf Sozialleistungen angewiesen sind, müssten nicht mehr die vielen Details diverser Sozialleistungen studieren, um die Unterstützung zu erhalten, die ihnen zusteht. Ein gut gemachtes Grundeinkommen kann zu mehr Freiheit in unserer Gesellschaft beitragen und entspricht unserer Vorstellung von Gerechtigkeit. Wir wollen für diese Idee bei einer Konferenz werben und noch diese Legislaturperiode in einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag die Chancen und Risiken parteiübergreifend erörtern.

Grüne Politik will auch kommenden Generationen freie Entfaltungsmöglichkeiten offenhalten und sie nicht mit dem Erbe einer falschen Politik überfrachten. Daher berücksichtigen wir die Konsequenzen unseres Handelns für kommende Generationen. Lassen wir unser Gemeinwesen und unsere Infrastruktur verfallen, engen wir ihre Spielräume ein; müssen sie vorrangig unsere Schuldenberge abtragen, ist ihre Freiheit ebenfalls vermindert.

Begründung

Bündnis 90/Die Grünen diskutieren seit Jahrzehnten über Grundeinkommens- und Grundsicherungskonzepte. Die Debatte um das Grundeinkommen hatte auf der BDK in Nürnberg 2007 ihren vorläufigen Höhepunkt. Auch wenn der BDK-Grundeinkommens-Antrag aus Baden-Württemberg nur knapp die Mehrheit verfehlte, konnte das Grundeinkommen die Debatte um die Grundsicherung nachhaltig beeinflussen und befruchten.

Beispiele dafür sind die nach Nürnberg entstandenen zielgruppenspezifischen Konzepte zur Kindergrundsicherung, zur Garantierente, und die Beschlüsse zur Brückengrundsicherung. Diese Konzepte stehen in der Grundeinkommenstradition und werden von weiten Teilen der Partei mitgetragen. Dies zeigt, dass sich die Grundeinkommensdebatte gelohnt und die sozialpolitische Debatte bei den Grünen durch das Grundeinkommen stark geprägt wurde.

Wir halten die Grundeinkommensdebatte für sehr wichtig und wollen, dass sie weiter geführt wird. Auch wenn uns bewusst ist, dass ein Grundeinkommen weder in der kommenden Legislaturperiode noch auf einen Schlag eingeführt werden kann, wollen wir diesen Weg weiter gehen. Im kommenden Jahr werden mehrere BAGen eine Konferenz zum Grundeinkommen veranstalten. Das ist sehr erfreulich!

Der nächste Schritt könnte eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag sein, die noch diese Legislaturperiode eingesetzt wird. Die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen wurde bereits 2012 von der 34. BDK in Hannover aufgefordert, sich im Deutschen Bundestag für eine Enquete-Kommission einzusetzen. Bisher waren jedoch kaum Aktivitäten von Seiten der Bundestagsfraktion erkennbar. Deswegen ist ein Ziel dieses Antrages, die Bundestagsfraktion zum Handeln zu bewegen und möglichst bald eine Enquete-Kommission einzurichten. Die Zeit drängt. Von der vier Jahre andauernden Legislaturperiode ist nämlich schon ein Jahr vorüber. Jede Enquete-Kommission endet mit der Legislaturperiode.

Ausgewählte Textstellen in BDK-Beschlüssen:

Beschluss der 34. BDK in Hannover 2012, S. 19: „Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung“

„Wir halten ... die Einrichtung einer Enquetekommission im Deutschen Bundestag für sinnvoll, in der Idee und Modelle eines Grundeinkommens sowie grundlegende Reformperspektiven für den Sozialstaat und die sozialen Sicherungssysteme diskutiert werden. In einer solchen Enquete wollen wir der Diskussion über ein bedingungsloses Grundeinkommen sowie damit verbundenen Veränderungen in den sozialen Sicherungssystemen den nötigen Raum verschaffen. Ziel ist, die Schere zwischen Arm und Reich zu schließen und das individuelle Grundrecht auf Teilhabe zu verwirklichen.“

Quelle:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Sozialpolitik-Teilhabe-Beschluss-BDK-11-2012.pdf

Beschluss der 34. BDK in Hannover 2012: „Eine Gesellschaft für Alle: Umfassende Teilhabe und Selbstbestimmung durch gute Institutionen und gerechte Verteilung“ S. 15

„In einem ersten Schritt sollen flexibel Beschäftigte in Zukunft besser und schneller abgesichert sein. Arbeitslosengeld soll schon dann gezahlt werden, wenn für mindestens vier Monate innerhalb von 24 Monaten Beiträge in die Arbeitslosenversicherung einbezahlt wurden. Über eine befristete Vermittlungspause, die auf die Eigeninitiative der Erwerbslosen setzt, soll eine neue Option zur Eingliederung in Arbeit geschaffen werden. Eine solche Brückengrundsicherung richtet sich an Menschen, die nur materielle Absicherung benötigen. Um alles andere – den nächsten Auftrag, den nächsten Job oder die neue berufliche Perspektive – kümmern sie sich eigenständig.“

Quelle: Quelle:

https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Sozialpolitik-Teilhabe-Beschluss-

[BDK-11-2012.pdf](#)

Beschluss der 27. BDK in Nürnberg 2007, S. 24: Für einen Neuaufbruch in der Sozialpolitik

Die Grüne Grundsicherung heute anzupacken, heißt nicht, die Diskussion über die Zukunft des Sozialen damit einzustellen. Mit diesem Beschluss ist auch die Diskussion über das Grundeinkommen nicht beendet – zumal sie ja in der Gesellschaft weitergeht. Die Diskussion soll weitergehen. Zum Beispiel über die Frage, ob und gegebenenfalls wie sich eine negative Einkommenssteuer, die in einigen Grundeinkommensmodellen vorgeschlagen wird, auch mit dem Grünen Grundsicherungskonzept verbinden lässt. Wir wollen weiter diskutieren über die Ausgestaltung der Bildungsfinanzierung sowie über die Existenzsicherung im Alter angesichts der Gefahr sich ausbreitender Altersarmut. So kommen wir Schritt für Schritt zu einem konzeptionell starken und die Menschen überzeugenden Bundestagswahlprogramm für 2009.

Quelle:

http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Beschluesse/Gesellschaft-Aufbruch-Gerechtigkeit-Beschluss-BDK-Nuernberg-11-2007.pdf

UnterstützerInnen

- Frank Geraets
- Matthias Dittmer
- Corinna Ruffer,
- Moinika Lazar
- Robert Zion
- Fürstenfeldbruck
- Elke Struzena
- Hartmut Wauer
- Stefan Ziller
- Uwe Fröhlich
- Christian Nähle
- Sascha Müller
- Martin Drees
- Martin Heilig
- Ilona Maier
- Marcel Duda
- Moritz Heubner
- Joachim Behncke
- Angelika Höhne
- Hildegard Wiegele
- Karl-heinz Stammberger
- Erna-Kathrein Groll
- Merina Mustermann

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 127 - 135:

Es ist für uns selbstverständlich, dass sich Gerechtigkeit nicht in der Gängelung der Menschen durch eine Sozialbürokratie verwirklicht. Empowerment ist das Schlüsselwort: der Staat soll zur Selbstbestimmung befähigen und zur Freiheit unterstützen. Grüne Politik will auch kommenden Generationen freie Entfaltungsmöglichkeiten offenhalten und sie nicht mit dem Erbe einer falschen Politik überfrachten. Daher berücksichtigen wir die Konsequenzen unseres Handelns für kommende Generationen. Lassen wir unser Gemeinwesen und unsere Infrastruktur verfallen, engen wir ihre Spielräume ~~ein; müssen sie vorrangig unsere Schuldenberge abtragen, ist ihre Freiheit ebenfalls vermindert.~~ **ein.**

Begründung

Es ist sachlich falsch, zu behaupten, dass hohe Staatsverschuldung per se den Handlungsspielraum kommender Generationen einschränken würde. Das ist nur dann der Fall, wenn sie eine Verschuldung der gesamten Wirtschaft des Landes gegenüber dem Ausland hervorruft. Dann muss tatsächlich die ganze nächste Generation diese Schulden abtragen. Doch Deutschland verschuldet sich nicht im Ausland, sondern es ist in hohem Maße umgekehrt. Natürlich halten Ausländer deutsche Staatsschulden, wie Deutsche ausländische halten, doch in der Bilanz verschuldet sich der deutsche Staat bei seinen eigenen Bürgern. Daher wachsen mit der Staatsverschuldung auch die inländischen Privatvermögen. Was der eine an höheren Steuern bezahlt, um Zinsen und Abzahlung der Staatsschuld zu finanzieren, kommt dem anderen zu Gute, der die Zinsen erhält oder im Alter von der allmählichen Auflösung seiner sicher in Staatspapieren angelegten Ersparnisse lebt. Die

Staatsverschuldung erzeugt ein Verteilungsproblem innerhalb einer Generation oder auch zwischen der jungen Generation, die arbeitet, und der wachsenden Generation der Alten, die jenseits ihrer Erwerbstätigkeit auch noch gut leben möchte. Aber sie vermindert nicht die wirtschaftlichen Mittel einer künftigen Generation.

Der reale Spielraum für die künftige Generation hängt nicht von der Staatsverschuldung ab, sondern von der Leistungsfähigkeit der künftigen Wirtschaft. Wir können dieser Wirtschaft nichts wegnehmen, wir können nichts konsumieren, was noch gar nicht produziert ist.
(siehe unsere Begründung zum Änderungsantrag zu Zeile 258 ff.)

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Ramon Katrein
- Rafal Piasecki
- Christian Hey
- Christine Redlingshöfer
- Walther Moser
- Matthias Falk
- Pascal Haggenmüller
- Benedikt Kaukler
- Vasili Franco
- Andreas Wießler
- Silke Eisfeld
- Dierk Helmken
- Dietmar Ferger
- Hartmut Gündera
- Horst Schiermann
- Walter Molt
- Thomas Reimeier
- Jörg Partsch

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sina Doughan

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. In diesem Zusammenhang steht auch unsere Frauenquote. Sie hilft dabei, die partizipative Freiheit aller MitbürgerInnen zu verwirklichen, in dem sie verkrustete Strukturen aufbricht. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

UnterstützerInnen

Anja Kofbinger (KV Neukölln), Mareike Engels (KV Hamburg-Altona), Marion Lüttig (KV Mannheim), Alexandra Werwath (KV Bremen Mitte/östl Vorstadt), Bahar Haghanipour (KV Bochum), Verena Fuchslocher (KV Mannheim), Irmgard Lindenthal (KV Bremen Mitte und Östliche Vorstadt), Carola Wesbuer (KV Kreisfrei Berlin), Ulle Schauws (KV Krefeld), Brigitte Dittrich (Kreisverband Fürth -Stadt), Sophie Karow (KV Düsseldorf), Josefine Paul (KV Münster), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Dr. Stefanie von Berg (KV Eimsbüttel), Friederike Schwebler (KV Kreisfrei Berlin), Doro Meuren (KV Neckar-Bergstraße), Catharina Jäger (KV Meißen), Sandra Hildebrandt (KV Kreisfrei), Sabine Littig (KV Mainz) u.a.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Ozcan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Freiheit und Demokratie werden jedoch nicht vererbt. Beide Wertvorstellungen müssen Generation für Generation neu erlernt und definiert werden, im sozialen gesellschaftlichen Umfeld wie auch in den Bildungseinrichtungen. Hier müssen Freiheit und Demokratie vorgelebt und erfahren werden. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

Begründung

Mündlich

UnterstützerInnen

- Svenja Almann (KV Berlin-Mitte) Bianca Affeldt (KV Berlin-Mitte) Andreas Benens (KV Berlin-Mitte) Bettina Borgemeister (KV Berlin-Mitte) Johanna Braun (KV Berlin-Mitte) Claudius Brüning (KV Kreisfrei) Klaus Dietze (KV Berlin-Mitte) Sarah Erdmann (KV Berlin-Mitte) Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte) Daniel Gollasch (KV Berlin-Mitte) Mona Hille (KV Berlin-Mitte) Johanna Hoppe (KV Berlin-Mitte) Heike Kähler (KV Berlin-Mitte) Manuel Kochinski (KV Berlin-Mitte) Cliff Meißner (KV Berlin-Mitte) Christoph Melzer (KV Berlin-Mitte) Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte) Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) Steff Ulbrich (KV Pankow) Laura Törkel (KV Pankow)
- Kai Gehring (KV Essen)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Volker Beck (KV Köln)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. ~~Wir~~

Der Staat und seine Organe wie auch demokratische Entscheidungen sind an die Menschenrechte und die Grundrechte unserer Verfassung gebunden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird. —

Begründung

Im demokratischen Rechtsstaat sind Legislative, Justiz und Exekutive grundrechtlich gebunden und auch eine Mehrheit darf die Rechte der Minderheiten nicht in Frage stellen oder sie einschränken. Die Sätze zur direkten Demokratie entsprechen den Formulierungen aus dem letzten Wahlprogramm. Auch mit direkter Demokratie darf man nicht Flüchtlingsrechte aushebeln oder Minarette an Moscheen verbieten.

UnterstützerInnen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven-Christian Kindler (KV Hannover), Astrid Rothe-Beinlich (KV Weimar), Rasmus Andresen (KV Kiel), Kati Bachnik (KV Berlin-Kreisfrei), Oliver Hildenbrand (KV Main-Tauber), Kerstin Müller (KV Köln), Jan Philipp Albrecht (KV Wolfenbüttel), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Francisca Fackeldey (KV Neukölln), Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Marcel Ernst (KV Göttingen), Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Helge Limburg (KV Nienburg Weser), Roland Appel (KV Bonn), Stefan Lange (KV Neukölln), Karsten Ludwig (KV Krefeld), Mario Michalak (KV Köln), Frank Jablonski (KV Köln), Simon Pabst (KV Pankow), Lars Kreiseler (KV Dessau-Roßlau),

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Volker Beck (KV Köln)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein.

Ein wirksamer Minderheitenschutz ist dabei für uns selbstverständlich. So sollen Volksinitiativen, die darauf aus sind, die Rechte einer Minderheit einzuschränken, die sich nach den Kriterien eines verfassungs- oder europarechtlichen Gleichheitsartikel definieren, unzulässig sein. Auch Grundrechte und wesentliche Verfassungsprinzipien dürfen durch Volksentscheide nicht zur Disposition gestellt werden.

So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger

werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

Begründung

Im demokratischen Rechtsstaat sind Legislative, Justiz und Exekutive grundrechtlich gebunden und auch eine Mehrheit darf die Rechte der Minderheiten nicht in Frage stellen oder sie einschränken. Die Sätze zur direkten Demokratie entsprechen den Formulierungen aus dem letzten Wahlprogramm. Auch mit direkter Demokratie darf man nicht Flüchtlingsrechte aushebeln oder Minarette an Moscheen verbieten.

UnterstützerInnen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven-Christian Kindler (KV Hannover), Astrid Rothe-Beinlich (KV Weimar), Rasmus Andresen (KV Kiel), Kati Bachnik (KV Berlin-Kreisfrei), Oliver Hildenbrand (KV Main-Tauber), Kerstin Müller (KV Köln), Jan Philipp Albrecht (KV Wolfenbüttel), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Francisca Fackeldey (KV Neukölln), Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Marcel Ernst (KV Göttingen), Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Helge Limburg (KV Nienburg Weser), Roland Appel (KV Bonn), Stefan Lange (KV Neukölln), Karsten Ludwig (KV Krefeld), Mario Michalak (KV Köln), Frank Jablonski (KV Köln), Simon Pabst (KV Pankow), Lars Kreiseler (KV Dessau-Roßlau),

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: KV Karlsruhe-Land (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. ~~Auch werden wir demokratische Strukturen~~ Eine Politische Ökonomie kann demokratisch und ~~Entscheidungsmechanismen verteidigen.~~ Geradegrundrechtsorientiert betrieben werden. Diese Möglichkeit bieten die gemischten Wirtschaften in ~~Zeiten der Globalisierung ist ein besseres~~ Europa ~~die Antwort auf die Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen~~ Wirtschaftsliberalismus einhegt und ~~nicht über Geheimverträge~~ diese Möglichkeit wollen wir sichern und ausbauen. Geheimverträge wie ACTA ~~oder~~ und TTIP ~~voranbringen will.~~ Die Freiheitsrechte ~~schränken diese Fähigkeit ein.~~ Die Rechte der ~~Bürgerinnen~~ ArbeitnehmerInnen und ~~Bürger~~ VerbraucherInnen werden ~~aber dann tangiert, wenn~~ nicht gestärkt, sondern abgebaut. Nicht

einmal die Einhaltung der ~~sie schützende Rechtsrahmen durch~~
~~internationale ILO-Abkommen~~ wird gefordert. Internationale Abkommen
~~unterminiert wird.~~ sollen die Möglichkeit bieten, Grundrechte zu stärken,
nicht diese Fähigkeit in den Vertragsstaaten künftig verunmöglichen.

Begründung

Der bestehende Antragstext ist (Euro)national beschränkt.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Anna Cavazzini

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Die europäische Integration ist für uns der Inbegriff von Freiheit und steht für die Überwindung von Krieg und Nationalismus, den Abbau von Grenzen und das Zusammenwachsen von Gesellschaften. EU-BürgerInnen können frei entscheiden, in welchem Land der EU sie leben und arbeiten möchten. Diese Freizügigkeit gilt es jetzt mehr denn je gegen Angriffe von PopulistInnen zu verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie

schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

UnterstützerInnen

Michael Scharfschwerdt (KV Berlin Mitte), Stephan Bischoff (KV Magdeburg), Manuel Sarrazin (KV Harburg-Stadt), Annalena Baerbock (KV Potsdam), Marcel Duda (KV Hildesheim), Frank Diefenbach, KV Odenwald, Ralf-Peter Hässelbarth (KV Mecklenburgische Seenplatte), Jan Philipp Albrecht (KV Wolfenbüttel), Josha Frey (KV Lörrach), Andrej Novak (KV Forchheim), Maria Heider (KV Havelland), Sebastian Fietkau (KV Mannheim), Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg), Philipp Stürzenberger (KV München), Silke Gebel (KV Berlin Mitte), Björn Ziemann (KV Lüneburg), Jochen Detscher (KV Stuttgart), Jörn Pohl (KV Kiel), Daniel Freund (KV Aachen), Anja Schillhaneck (KV Berlin-kreisfrei) u.a.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Anna Cavazzin

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 137 - 154:

Demokratie und Freiheit gehören untrennbar zusammen. Wir haben einen **partizipativen** Freiheitsbegriff. Demokratie ist der Rahmen für die Freiheit sich zu beteiligen, mitzugestalten und zu entscheiden. Erweiterte demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten von BürgerInnen in einer vitalen Demokratie bedeuten einen Zugewinn an Freiheit. Demokratie lebt von den Beiträgen und dem ständigen Abwägungsprozess einer lebendigen Zivilgesellschaft. Immer wieder wird es demokratische Entscheidungen geben, die uns nicht gefallen. Freiheit ist aber immer und vor allem die Freiheit der Andersdenkenden. Wir setzen uns für mehr direkte Demokratie und gegen die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Macht und intransparenter Entscheidungsprozesse auf Freiheit ein. So kann eine aktive und selbstbestimmte BürgerInnengesellschaft eigene Entscheidungen treffen. Auch werden wir demokratische Strukturen und Entscheidungsmechanismen verteidigen. Gerade in Zeiten der Globalisierung ist ein besseres Europa die Antwort auf die Sicherung und Gestaltung von Freiheit. Die EU kann das Primat der Politik sichern, wenn sie den aus dem Ruder gelaufenen Wirtschaftsliberalismus einhegt und nicht über Geheimverträge wie ACTA oder TTIP voranbringen will. Die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger werden aber dann tangiert, wenn der sie schützende Rechtsrahmen durch internationale Abkommen unterminiert wird.

UnterstützerInnen

Michael Scharfschwerdt (KV Berlin Mitte), Stephan Bischoff (KV Magdeburg), Manuel Sarrazin (KV Harburg-Stadt), Annalena Baerbock (KV Potsdam), Marcel Duda (KV Hildesheim), Frank Diefenbach, KV Odenwald, Ralf-Peter Hässelbarth (KV Mecklenburgische Seenplatte), Jan Philipp Albrecht (KV Wolfenbüttel), Josha Frey (KV Lörrach), Andrej Novak (KV Forchheim), Maria Heider (KV Havelland), Sebastian Fietkau (KV Mannheim), Torben Wöckner (KV Berlin-Lichtenberg), Philipp Stürzenberger (KV München), Silke Gebel (KV Berlin Mitte), Björn Ziemann (KV Lüneburg), Jochen Detscher (KV Stuttgart), Jörn Pohl (KV Kiel), Daniel Freund (KV Aachen), Anja Schillhaneck (KV Berlin-kreisfrei) u.a.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 155 - 167:

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den ~~Bürgerbewegungen~~, BürgerInnenbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 155 - 167:

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

Begründung

"Bürger" schließt viele Menschen nicht mit ein die eben keine Bürger*innen sind wegen fehlender Staatszugehörigkeit zum Beispiel. Die sollten aber mit eingeschlossen werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 155 - 167:

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende ~~Bürgergesellschaft~~BürgerInnengesellschaft braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 155 - 167:

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den ~~BürgerInnen~~**Menschen** gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

Begründung

"Bürger" schließt viele Menschen nicht mit ein die eben keine Bürger_innen sind wegen fehlender Staatszugehörigkeit zum Beispiel. Die sollten aber mit eingeschlossen werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 155 - 167:

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und ~~Akteuren~~**AkteurInnen** im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine Bereicherung.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 155 - 167:

Unser Freiheitsbegriff wurzelt historisch stark in den Bürgerbewegungen, im Drang aus einengenden Strukturen auszubrechen, die Dinge anders zu machen und selbst zu organisieren. Für unser Freiheitsverständnis spielt eine lebendige Zivilgesellschaft mit ihren Engagierten, ihren Vereinen und Verbänden eine zentrale Rolle. Eine funktionierende **Bürgergesellschaft** braucht Freiräume, um eigene Projekte zu entwickeln und alternative Wege zu gehen. Sie braucht einen rebellischen Geist, neue, kreative Ideen. Wir wollen diese Freiräume mit den BürgerInnen gemeinsam erkämpfen und sichern. Deshalb fördern wir das Prinzip der Subsidiarität: der Staat muss nicht alles, was er gewährleistet, auch selbst organisieren. Wir halten grundsätzlich die Vielfalt von Trägern, Vereinen und Akteuren im Bereich der Bildung, der Jugendarbeit, der Kultur, im Sozialen wie in der Wirtschaft für eine ~~Bereicherung~~. Bereicherung, solange dies inklusiv erfolgt.

Begründung

Als Partei, die für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit eintritt ist für uns Freiheit auch immer in diesem Zusammenhang zu denken.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Giegold (KV Düsseldorf)

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 155 - 167:
Neu hinzufügen:

Freiheit und demokratische Teilhabe sind auf die aktive Mitgestaltung einer pluralen Zivilgesellschaft angewiesen. Ein wichtiges Instrument in diesem Zusammenhang ist das Mittel der Gemeinnützigkeit von Vereinen. Allerdings sind gemeinnützige Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich regelmäßig auch politisch äußern, ständig der Gefahr ausgesetzt, ihre Gemeinnützigkeit zu verlieren. Das beinhaltet im schlimmsten Fall durch Steuer-Nachzahlungen ein sofortiges Ende ihrer wichtigen gesellschaftlichen Tätigkeit. Ein aktuell prominentes Beispiel ist die Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac durch das Finanzamt Frankfurt. Dem widersprechen wir entschieden, denn politische Willensbildung durch gemeinnützige Organisationen ist von allgemeinem Nutzen. Bündnis 90 / Die Grünen setzen sich dafür ein, den Begriff der Gemeinnützigkeit weiter zu fassen und den Vereinen und Initiativen mehr Rechtssicherheit zu gewähren, mit dem Ziel, auch die demokratische Teilhabe am politischen Willensbildungsprozess als Teil gemeinnütziger Tätigkeit anzuerkennen. Dazu wollen wir den Anwendungserlass zur Abgabenordnung von der Beschränkung zur Beeinflussung der staatlichen Willensbildung befreien.

Begründung

selbsterklärend

UnterstützerInnen

- Felix Banaszak
- Peter Alberts
- Terry Reintke
- Michael Kellner
- Rasmus Andresen
- Erik Marquardt
- Sophie Karow
- Stefan Lange
- Jan Wienken
- Valentin Münscher
- Michael Bloss
- Sigrid Beer
- Michael Gwosdz
- Lea Haas
- Marcel Ernst
- Marcus Schaper
- Dierk Helmken
- Gönül E?lence
- Lena Tietgen
- Tobias Balke

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 168 - 181:

Unsere Vision ist es, allen Menschen die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer Freiheit zu geben. Diese Freiheit ist voraussetzungsreich und braucht soziale Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibt Selbstbestimmung auf wenige begrenzt, die sich diese leisten können. Dazu braucht es einen handlungsfähigen **Staat**, der die Freiheit der ~~Bürgerinnen und Bürger~~ **Menschen** gegen Einschränkungen schützt und der die Voraussetzungen für freie Entfaltung ermöglicht. Denn nur, wenn Menschen in der Realität auch leben können, was sie gemäß ihrer Rechte dürfen, sind die Bedingungen von Freiheit erfüllt. Dementsprechend hat der Staat eine ambivalente Rolle - einerseits kann er die Freiheit der ~~Bürgerinnen und Bürger~~ **Menschen** durch überzogenes Sicherheitsdenken oder überbordende Eingriffe gefährden, andererseits ist nur durch ihn die Verwirklichung gleicher Freiheit für alle möglich. Dieser Ambivalenz begegnen wir durch entschiedenes Eintreten für die Menschenwürde, die Grund- und Bürgerrechte, sowie den Kampf für Transparenz und demokratische Kontrolle der staatlichen Institutionen.

Begründung

"Bürger" schließt viele Menschen nicht mit ein die eben keine Bürger_innen sind wegen fehlender Staatszugehörigkeit zum Beispiel. Die sollten aber mit eingeschlossen werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 168 - 181:

Unsere Vision ist es, allen Menschen die gleiche Chance zur Verwirklichung ihrer Freiheit zu geben. Diese Freiheit ist voraussetzungsreich und braucht soziale Sicherheit und Solidarität. Ansonsten bleibt Selbstbestimmung auf wenige begrenzt, die sich diese leisten können. Dazu braucht es einen handlungsfähigen **Staat**, der die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger gegen Einschränkungen schützt und der die Voraussetzungen für freie Entfaltung ermöglicht. Denn nur, wenn Menschen in der Realität auch leben können, was sie gemäß ihrer Rechte dürfen, sind die Bedingungen von Freiheit erfüllt. Dementsprechend hat der Staat eine ambivalente Rolle - einerseits kann er die Freiheit der Bürgerinnen und Bürger durch überzogenes Sicherheitsdenken oder überbordende Eingriffe gefährden, andererseits ist nur durch ihn die Verwirklichung gleicher Freiheit für alle möglich. Dieser Ambivalenz begegnen wir durch entschiedenes Eintreten für die Menschenwürde, die Grund- und ~~Bürgerrechte~~, BürgerInnenrechte, sowie den Kampf für Transparenz und demokratische Kontrolle der staatlichen Institutionen.

Begründung

Gendern

FR-01-188

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 182 - 189:

Fairer Wettbewerb und eine sozial-ökologische Marktwirtschaft sind ökonomische Pfeiler unserer Freiheitsordnung. Innovationsgeist, Unternehmertum und der Wettbewerb um neue Lösungen und Produkte sind Ausdruck wirtschaftlicher Freiheit, die wir stärken wollen. Doch ungezügelter deregulierter Märkte sehen wir ebenso als Bedrohung der Freiheit wie eine Machtwirtschaft, die durch Marktmacht und undurchsichtige Verstrickungen den Wettbewerb aushebelt. Wir haben und brauchen ~~Partner~~PartnerInnen in der Wirtschaft, gerade im Mittelstand, um die notwendige ökologische Modernisierung voranzutreiben.

Begründung

gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 182 - 189:
Neu hinzufügen:

Freiheit durch Autonomie

Kommerzialisierung vieler Lebensbereiche ist ein Ergebnis der wirtschaftlichen Freiheit, das auch zur allmählichen und unmerklichen Reduzierung und Untergrabung der Freiheit der Bürger führen kann. Daher ist es erforderlich, zentrale Bereiche der Kultur, der Kunst und der Wissenschaft mit Autonomie auszustatten, die nur der Kontrolle durch den Rechnungshof und das Parlament unterliegt. Kreativität und Querdenken beginnen häufig im Feld der Kunst und finden von dort allmählichen Eingang in die Diskurse des Mainstream. Der Staat muss diesen Jungbrunnen der Freiheit deshalb durch ausreichende Subventionierung und Verteidigung seiner Autonomie schützen.

Dieselbe Forderung ist für den Bereich der Wissenschaft zu erheben, wo in den letzten Jahren der Anteil der sog. Drittmittel aus dem Bereich der Privatwirtschaft einen immer größeren Anteil an der Wissenschaftsfinanzierung, vor allem der Naturwissenschaften, eingenommen hat. Hier ist deutlich gegenzusteuern und den Wissenschaftlern wieder ein Forschen jenseits von kommerzieller Verwertung zu ermöglichen. Dadurch wird auch der Objektivitätsanspruch der Wissenschaft wieder glaubwürdiger.

Begründung

Dieser wichtige Aspekt fehlt noch völlig im Antrag FR-01.

UnterstützerInnen

- Walter Molt
- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Vasili Franco
- Rafal Piasecki
- Hartmut Gündera
- Walther Moser
- Dietmar Ferger
- Benedikt Kaukler
- Horst Schiermeyer
- Thomas Reimeier
- Pascal Haggenmüller
- Christine Redlingshöfer
- Andreas Wießler
- Silke Eisfeld
- Ramon Katrein
- Matthias Falk

FR-01-191-1 (zurückgezogen)

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 182 - 189:
Neu hinzufügen:

Informations- und Meinungsfreiheit

Eine demokratische Gesellschaft definiert sich über den freien Austausch von Informationen und Meinungen. Das Zeitungssterben als Folge des Siegeszuges von Internet, Computer und Smartphone sowie die ungebremste Entwicklung eines Oligopols weniger national und global agierender Medienkonzerne und Verlage bedroht diese Freiheit. Es gehört daher zu den Aufgaben des Staates, die Informations- und Meinungsfreiheit vor dem Zugriff übermächtiger wirtschaftlicher und politischer Interessen zu schützen. Es muss sicher gestellt werden, dass die Verbreitung von Informationen nicht nur ungehindert erfolgen kann, sondern dass auch alle bekannten Informationen, die für die Unterrichtung und Meinungsbildung von Bedeutung sind, veröffentlicht werden. Eine wichtige Rolle kommt hier den öffentlich-rechtlichen Medien zu, die angesichts von Internetangeboten auch die Mittel und Möglichkeit haben sollten, ihr Angebot entsprechend weiter auszubauen. Der Staat muss für einen fairen Wettbewerb aller Informations- und Meinungsvermittler sorgen und muss notfalls mit kartellrechtlichen Eingriffen wie auch mit Subventionen zum Erhalt eines unabhängigen Journalismus regulierend in das Marktgeschehen eingreifen.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Rudolf Witzke Jörg Partsch Rafal Piasecki Vasili Franco Walther Moser Hartmut Gündera Dierk Helmken Benedikt Kaukler Horst Schiermeyer Thomas Reimeier Pascal Haggenmüller Christian Hey Christine Redlingshöfer Andreas Wießler Silke Eisfeld Walter Molt Ramon Katrein Matthias Falk Dietmar Ferger

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Volker Beck (KV Köln)

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 190 - 196:

Neu hinzufügen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind von Anfang an, seit Gründung DER GRÜNEN in der Bundesrepublik und von BÜNDNIS 90 in der DDR, eine Bürgerrechtspartei. Für uns ist klar: Eingriffe in die Rechte der Bürger*innen bedürfen einer besonderen Rechtfertigung: jede Maßnahme, die in Grundrechte eingreift, muss einen legitimen öffentlichen Zweck verfolgen und überdies geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sein.

Das Strafrecht ist für uns nur letztes („ultima ratio“) und nie einziges Mittel der Politik, um den Rechtsgüterschutz zu gewährleisten. Opferschutz, Prävention, soziale Integration und technische Maßnahmen müssen Repression flankieren, wo sie sie nicht ersetzen können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN widersprechen dem konservativen Glauben, dass mit dem Strafrecht allein und mit Strafverschärfungen ein Übel aus der Welt zu schaffen ist.

Mit populistischen Kampagnen im Kampf gegen Terror und Kriminalität werden Grundrechtspositionen immer wieder in Frage gestellt und Grundfreiheiten eingeschränkt. Wenn Politik mit der Angst gemacht wird, muss sich eine Bürgerrechts- und Freiheitspartei dem Mainstream entgegenstemmen und Stand halten. Sie hat hier die Rolle eines Korrektivs gegenüber christ- wie sozialdemokratischer Innenpolitik. Wir sind der Überzeugung: unbescholtene Bürger*innen haben grundsätzlich das Recht vom Staat in Ruhe gelassen zu werden. Sie müssen Eingriffe in ihre Grundrechte nicht erdulden. Dies haben wir im Kampf gegen die Vorratsdatenspeicherung unter Beweis gestellt. Die Abschottungspolitik der großen Koalition gefährdet die Menschenrechte von Flüchtlingen und Migrant*innen. Wir sind der Überzeugung: Die

Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht relativierbar. Eine gesteuerte Zuwanderungs- und eine humanitäre Flüchtlingspolitik muss den Menschenrechten von Flüchtlingen und Migrant*innen Rechnung tragen.

Begründung

Der Kern freiheitlicher oder rechtsstaatsliberaler Politik ist die Verteidigung der Grundrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien. Mit unserer Kampagne zeigen die Grünen, dass sie als moderne Partei die Grundrechte auch für das 21. Jahrhundert durchbuchstabieren. Als Freiheitspartei müssen wir aber auch die klassischen rechtsstaatsliberalen Prinzipien, on- wie offline durchbuchstabieren. Diese Brot- und Butterthemen des Rechtsstaatsliberalismus kommen im Antragsentwurf zu kurz.

Im Urteil zum Großen Lauschangriff sagte das Bundesverfassungsgericht: „Dem Einzelnen soll das Recht, in Ruhe gelassen zu werden, gerade in seinen privaten Wohnräumen gesichert sein.“ Zum Asylbewerberleistungsgesetz sagte das Gericht: „Die im Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

UnterstützerInnen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven-Christian Kindler (KV Hannover), Astrid Rothe-Beinlich (KV Weimar), Rasmus Andresen (KV Kiel), Kati Bachnik (KV Berlin-Kreisfrei), Oliver Hildenbrand (KV Main-Tauber), Kerstin Müller (KV Köln), Jan Philipp Albrecht (KV Wolfenbüttel), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Francisca Fackeldey (KV Neukölln), Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Marcel Ernst (KV Göttingen), Erik Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Helge Limburg (KV Nienburg Weser), Roland Appel (KV Bonn), Stefan Lange (KV Neukölln), Karsten Ludwig (KV Krefeld), Mario Michalak (KV Köln), Frank Jablonski (KV Köln), Simon Pabst (KV Pankow), Lars Kreiseler (KV Dessau-Roßlau),

FR-01-197-1

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 197 - 204:

Grüne Politik verfolgt nicht nur einen klaren

~~bürgerrechtsorientierten~~ bürgerInnenrechtsorientierten Kurs, sie macht Mut zum Widerstand gegen eine freiheits- und bürgerrechtsfeindliche Politik. Sie ist Pfadfinderin für neue Diskurse in Wirtschaft und Gesellschaft, in Ökologie und Verbraucherschutz, in Fragen der Bildung, Betreuung oder Genderpolitik. Dabei stehen wir vor einem neuen Kulturkampf: mit ihrem konservativ-reaktionären Gesellschaftsbild macht die AfD eine Kampfansage an die Vielfalt und Toleranz, für die wir stehen und will unsere hart erkämpften Errungenschaften abwickeln.

Begründung

Gendern

FR-01-198

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 197 - 204:

Grüne Politik verfolgt nicht nur einen klaren bürgerrechtsorientierten Kurs, sie macht Mut zum Widerstand gegen eine freiheits- und ~~bürgerrechtsfeindliche~~ **bürgerInnenrechtsfeindliche** Politik. Sie ist Pfadfinderin für neue Diskurse in Wirtschaft und Gesellschaft, in Ökologie und Verbraucherschutz, in Fragen der Bildung, Betreuung oder Genderpolitik. Dabei stehen wir vor einem neuen Kulturkampf: mit ihrem konservativ-reaktionären Gesellschaftsbild macht die AfD eine Kampfansage an die Vielfalt und Toleranz, für die wir stehen und will unsere hart erkämpften Errungenschaften abwickeln.

Begründung

gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 197 - 204:

Grüne Politik verfolgt nicht nur einen klaren bürgerrechtsorientierten Kurs, sie macht Mut zum Widerstand gegen eine freiheits- und bürgerrechtsfeindliche Politik. Sie ist Pfadfinderin für neue Diskurse in Wirtschaft und Gesellschaft, in Ökologie und Verbraucherschutz, in Fragen der Bildung, Betreuung oder Genderpolitik. Dabei stehen wir vor einem neuen Kulturkampf: mit ihrem konservativ-reaktionären Gesellschaftsbild ~~macht~~machen fundamentalistische Netzwerke und die AfD eine Kampfansage an die Vielfalt und Toleranz, für die wir stehen und will unsere hart erkämpften Errungenschaften abwickeln.

Begründung

Die AfD ist ein relevanter Player, aber nicht ausschließlicher Träger des konservativen Backlashs.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Werner Hager

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 197 - 204:
Neu hinzufügen:

Ohne Aufarbeitung der Vergangenheit lässt sich eine freie Gesellschaft nicht gestalten. Die Verfolgung von Antifaschistinnen und Antifaschisten, die Radikalenerlasse, Berufsverbote, Urteile gemäß §175 sind längst nicht widergutgemachtes Unrecht. Aber auch in der jüngsten Vergangenheit wurden Kollektivstrafrechtspargraphen wie der §§ 129 ff. StGB oder der "Gotteslästerungspargraphen" §166 gegen Menschen eingesetzt, die im antiautoritären Sinne von Aufklärung und Emanzipation tätig waren. Wir wollen nicht nur das Strafgesetzbuch hiervon bereinigen, sondern auch die Menschen rehabilitieren und ihren Einsatz für Freiheit würdigen.

UnterstützerInnen

- Ruth Birkle
- Simon Lissner
- Dirk Weber
- Carola Eichbaum
- Ulrich Steffen
- Wolfgang Schäfer

- Andrea Schwarz
- Ivo Keller
- Bernd Lauber
- Monika Maier-Kuhn
- Inge Ganter
- Karl-Wilhelm Koch
- Sonja Verschitz
- Martin Conen
- Jürgen Klippert
- Marc Peters
- Uli Ehren
- Wilhelm Ritz
- Carsten Finke
- Marco Petrikat

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Volker Beck (KV Köln)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 205 - 217:

II.1 Grundrechte schützen, ~~Privatsphäre~~ Rechtsstaat und Privatsphäre im digitalen Zeitalter verteidigen, Überwachung stoppen

Begründung

Der Kern freiheitlicher oder rechtsstaatsliberaler Politik ist die Verteidigung der Grundrechte und rechtsstaatlicher Prinzipien. Mit unserer Kampagne zeigen die Grünen, dass sie als moderne Partei die Grundrechte auch für das 21. Jahrhundert durchbuchstabieren. Als Freiheitspartei müssen wir aber auch die klassischen rechtsstaatsliberalen Prinzipien, on- wie offline durchbuchstabieren. Diese Brot- und Butterthemen des Rechtsstaatsliberalismus kommen im Antragsentwurf zu kurz.

Im Urteil zum Großen Lauschangriff sagte das Bundesverfassungsgericht: „Dem Einzelnen soll das Recht, in Ruhe gelassen zu werden, gerade in seinen privaten Wohnräumen gesichert sein.“ Zum Asylbewerberleistungsgesetz sagte das Gericht: „Die im Grundgesetz garantierte Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren.“

UnterstützerInnen

Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven-Christian Kindler (KV Hannover), Astrid Rothe-Beinlich (KV Weimar), Rasmus Andresen (KV Kiel), Kati Bachnik (KV Berlin-Kreisfrei), Oliver Hildenbrand (KV Main-Tauber), Kerstin Müller (KV Köln), Jan Philipp Albrecht (KV Wolfenbüttel), Sebastian Striegel (KV Saalekreis), Francisca Fackeldey (KV Neukölln), Werner Graf (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Marcel Ernst (KV Göttingen), Erik

Marquardt (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Helge Limburg (KV Nienburg Weser), Roland Appel (KV Bonn), Stefan Lange (KV Neukölln), Karsten Ludwig (KV Krefeld), Mario Michalak (KV Köln), Frank Jablonski (KV Köln), Simon Pabst (KV Pankow), Lars Kreiseler (KV Dessau-Roßlau),

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Ruth Birkle, KV Karlsruhe-Land (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 205 - 217:

Neu hinzufügen:

einfügen:

Der konservativ-christlichen Vorstellung eines christlichen Europas stellen wir einen Begriff von Religionsfreiheit entgegen, der neben der positiven Religionsfreiheit gerade auch das Recht, die Religion zu wechseln und auch keiner Religion anzugehören als Recht jedes Menschen betont. Zu diesem gehört in einer dem stetigen Wandel unterliegenden modernen Gesellschaft auch das Recht zur Religionskritik. Religionskritik ist - nicht zuletzt in der Theologie - wesentlicher Motor der gesellschaftlichen Entwicklung und wird im liberalen Staat insbesondere durch Kunst- und Wissenschaftsfreiheit abgesichert.

Begründung

In einem Freiheitsantrag darf das Grundrecht auf Religionsfreiheit nicht fehlen.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 205 - 217:

In Zeiten ~~von NSA, Facebook~~ unkontrollierbarer Geheimdienste und Google Unternehmen, die ohne jegliches Maß Daten verarbeiten ist die Privatsphäre der Menschen akut gefährdet. Das Internet hat neue Möglichkeiten geschaffen. Doch Überwachung erstickt Freiheit, weil wir zu unseren eigenen Zensurbehörden werden. Wir wollen keine Überwachung des Internets, mit der letztendlich jede Kommunikation und alle Bewegungen im Netz lückenlos kontrolliert werden können. Wir sind alle verdächtig geworden. Mit unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis ist eine Komplettüberwachung und Rasterung von Menschen nach undurchsichtigen Algorithmen nicht vereinbar. Jede und jeder hat das Recht auf den Schutz der Privatsphäre und das Recht auf Geheimnisse, denn diese sind elementar für Freiheit und Demokratie. Staatliches Handeln muss diese Rechte verteidigen und die Bürgerinnen und Bürger vor Ausspähung, Profilbildung und Rasterung schützen.

Begründung

Die Namen legen den Fokus zu sehr auf einzelne Player in einem viel größeren Feld und Problem.

FR-01-219

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 218 - 222:

Die Große Koalition gefährdet unsere Freiheit. Sie geht nicht entschieden gegen die flächendeckende Überwachung vor, aus Angst gute ~~Freunde~~ **FreundInnen** und ~~Partner~~**PartnInnen** zu verschrecken. Sie sabotiert weiterhin die Aufklärung des Geheimdienst- und Überwachungsskandals durch das Parlament, weil sie Fragen zur Rolle der eigenen Dienste fürchtet.

Begründung

gendern

FR-01-229

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 223 - 230:

Wir Grüne fordern auch weiterhin eine lückenlose Aufklärung der im Raum stehenden Überwachungspraktiken, denn sie sind mit unserer Verfassung nicht in Einklang zu bringen. Der Herrschaft des Rechts wollen wir angesichts sich verselbständigender Geheimdienste wieder Geltung verschaffen, Befugnisse eng begrenzen und die parlamentarische Kontrolle verbessern. Bestehende Datenaustauschabkommen mit den USA wollen wir stoppen und neu verhandeln. ~~Whistleblower~~WhistleblowerInnen wie Edward Snowden wollen wir in ihrer widerständigen Haltung unterstützen, weil sie Freiheit sichert.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 223 - 230:
Neu hinzufügen:

Informations- und Meinungsfreiheit

Eine demokratische Gesellschaft definiert sich über den freien Austausch von Informationen und Meinungen. Das Zeitungssterben als Folge des Siegeszuges von Internet, Computer und Smartphone sowie die ungebremste Entwicklung eines Oligopols weniger national und global agierender Medienkonzerne, Verlage und Distributoren (Amazon) bedroht diese Freiheit. Es gehört daher zu den Aufgaben des Staates, die Informations- und Meinungsfreiheit vor dem Zugriff übermächtiger wirtschaftlicher und politischer Interessen zu schützen. Es muss sicher gestellt werden, dass die Verbreitung von Informationen nicht nur ungehindert erfolgen kann, sondern dass auch alle bekannten Informationen, die für die Unterrichtung und Meinungsbildung von Bedeutung sind, veröffentlicht werden. Eine wichtige Rolle kommt hier den öffentlich-rechtlichen Medien zu, die angesichts von Internetangeboten auch die Mittel und Möglichkeit haben sollten, ihr Angebot entsprechend weiter auszubauen. Der Staat muss für einen fairen Wettbewerb aller Informations- und Meinungsvermittler sorgen und muss notfalls mit kartellrechtlichen Eingriffen wie auch mit Subventionen zum Erhalt eines unabhängigen Journalismus regulierend in das Marktgeschehen eingreifen.

UnterstützerInnen

Dierk Helmken (KV Heidelberg) Rudolf Witzke (KV Heidelberg) Jörg Partsch (KV Freiburg) Rafal Piasecki (KV Freiburg) Hartmut Gündera (KV Heidelberg) Vasili Franco (KV Freiburg) Walther Moser (KV Freiburg) Walter Molt (KV Oberallgäu) Dierk Helmken (KV Heidelberg) Benedikt Kaukler (KV Freiburg) Horst Schiermeyer (KV Görlitz) Thomas Riemeier (KV Lippe) Pascal Haggemüller (KV Freiburg) Christine Redlingshöfer (KV Freiburg) Andreas Wiessler (KV Breisgau-Hochschwarzwald) Silke Eisfeld (KV Breisgau-Hochschwarzwald) Matthias Falk (KV Freiburg) Dietmar Ferger (KV Lörrach) Ramon Katrein (KV Freiburg)

FR-01-249

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 247 - 251:

Die Große Koalition lässt die Klimakatastrophe ohne wirksame Gegenmaßnahmen geschehen. Die Emissionen steigen in Deutschland wieder an, die erneuerbaren Energien werden ~~ausgebremst~~. ausgebremst statt ausgebaut. Ein Umsteuern hin zu Energieeffizienz und -einsparung bleibt aus. Vielmehr steigt der Verbrauch dreckiger Kohle auf einen Höchststand.

Begründung

nähere Definition

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 258 - 270:

~~II.3 *Kommende Generationen von Schuldenbergen befreien*, Investitionen in Infrastruktur und Daseinsvorsorge ermöglichen~~

~~Kommende Generationen brauchen finanzielle Spielräume, um die Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können. Und sie müssen die Freiheit haben, selbst darüber zu entscheiden, wie sie diese Spielräume nutzen. Deshalb sind sie darauf angewiesen, dass wir so Haushalten, dass sie nicht nur Schulden bedienen, sondern auch politisch gestalten können — bei uns heißt das solidarische und verantwortungsbewusste Freiheit.~~

Begründung

Es ist sachlich falsch, zu behaupten, dass hohe Staatsverschuldung per se den Handlungsspielraum kommender Generationen einschränken würde. Das ist nur dann der Fall, wenn sie eine Verschuldung der gesamten Wirtschaft des Landes gegenüber dem Ausland hervorruft. Dann muss tatsächlich die ganze nächste Generation diese Schulden abtragen. Doch Deutschland verschuldet sich nicht im Ausland, sondern es ist in hohem Maße umgekehrt. Natürlich halten Ausländer deutsche Staatsschulden, wie Deutsche ausländische halten, doch in der Bilanz verschuldet sich der deutsche Staat bei seinen eigenen Bürgern. Daher wachsen mit der Staatsverschuldung auch die inländischen Privatvermögen. Was der eine an höheren Steuern bezahlt, um Zinsen und Abzahlung der Staatsschuld zu finanzieren, kommt dem anderen zu Gute, der die Zinsen erhält oder im Alter von der allmählichen Auflösung seiner sicher in Staatspapieren angelegten Ersparnisse lebt. Die Staatsverschuldung erzeugt ein Verteilungsproblem innerhalb einer Generation oder auch zwischen der jungen Generation, die arbeitet, und der wachsenden Generation der Alten, die jenseits ihrer

Erwerbstätigkeit auch noch gut leben möchte. Aber sie vermindert nicht die wirtschaftlichen Mittel einer künftigen Generation.

Der reale Spielraum für die künftige Generation hängt nicht von der Staatsverschuldung ab, sondern von der Leistungsfähigkeit der künftigen Wirtschaft. Wir können dieser Wirtschaft nichts wegnehmen, wir können nichts konsumieren, was noch gar nicht produziert ist. Mit der Staatsverschuldung entstehen Geldvermögen, die Ansprüche auf Anteile an der künftigen Wirtschaftsleistung sichern sollen. Dass solche Ansprüche vermehrt entstehen müssen, ergibt sich aus dem demographischen Wandel, der einen stark ansteigenden Vorsorgebedarf mit sich bringt. Die Frage ist nur, ob es besser ist, wenn sie vor allem als privatwirtschaftliche Ansprüche entstehen oder ob eher auf den Staat als ihr Garant zu setzen ist, wie es traditionell im Umlagesystem der Rentenversicherung geschieht, das aber von der Politik systematisch zugunsten privater Vorsorge geschwächt worden ist.

Aus der Wissenschaft kam das Argument, ab einer bestimmten Schwelle würden hohe Staatsschulden zu geringerem Wachstum führen. Durch dauerhaft schwächeres Wachstum würde der Wohlstand künftiger Generationen gemindert. Carmen Reinhardt und Kenneth Rogoff, deren Arbeit viel zitiert wurde, mussten allerdings inzwischen selbst einräumen, dass sie Fehler gemacht haben und ihre Rechnung nicht stimmte. Auch der IWF hat vergangene Modellrechnungen korrigiert. Laut der neueren Erkenntnisse haben in der Krise, wenn beträchtliche Teile der Produktionskapazität der Privatwirtschaft brach liegen, staatliche Ausgaben und Investitionsprogramme deutlich stärkere Multiplikatoreffekte als bisher angenommen. Das heißt, sie haben einen stark positiven Effekt auf die Investitionstätigkeit der Privatwirtschaft. Nur wenn der Staat private Investitionen verdrängt, schadet das der Wirtschaft. Doch dieses Verdrängen der privaten Investitionen geschieht über steigende Zinsen und Inflation. Wir aber haben extrem niedrige Zinsen und Inflation, während die Privatwirtschaft mangels Nachfrage dennoch nicht ausreichend investiert. Und wir haben hohen Bedarf an Infrastrukturinvestitionen, die sich heute so günstig finanzieren lassen wie nie, was kurz- wie langfristig der Wirtschaft nützt. Heute nur wie gebannt auf die Staatsverschuldung zu starren, wird der wirtschaftlichen Lage nicht gerecht. Und dies mit dem einfach falschen Argument zu verbinden, damit würde einer künftigen Generation etwas weggenommen, ist grob irreführend, und folgt blind einer Ideologie, die in unserem Lande leider tiefe Wurzeln geschlagen hat – zum nachhaltigen Schaden für Europa, wie wir gerade erleben müssen.

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Rafal Piasecki
- Hartmut Gündera
- Vasili Franco
- Walther Moser
- Walter Molt
- Dierk Helmken
- Benedikt Kaukler
- Horst Schiermeyer
- Thomas Reimeier
- Pascal Haggemüller
- Christine Redlingshöfer
- Christian Hey
- Andreas Wießler
- Silke Eisfeld
- Ramon Katrein
- Matthias Falk
- Dietmar Ferger

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 271 - 283:

~~Die Große Koalition gefährdet die Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung kommender Generationen, indem sie ihre finanziellen Spielräume verkleinert. Die Rentenreform bürdet kommenden Generationen große finanzielle Lasten auf. Diese Wohltaten aus der Rentenversicherung und nicht aus Steuermitteln zu bezahlen, hätte die Union selbst früher als eine Versündigung an der Jugend kritisiert. Gleichzeitig verzichtet die Große Koalition auf den Abbau ökologisch schädlicher Subventionen und verschleppt systematisch dringend notwendige Investitionen in Infrastruktur. Die Investitionsquote ist im freien Fall. Die wenigen Mittel reichen nicht für den Erhalt und die Sanierung der bestehenden Infrastruktur, geschweige denn für wichtige Investitionen in die Zukunft. Das heißt, mit der Großen Koalition leben wir von der Substanz und schaffen es nicht eine Infrastruktur vorzuhalten, die die Voraussetzungen für freie Entscheidungen und Freiräume schafft.~~

Begründung

Sicher lässt sich an der Rentenreform kritisieren, dass es heute eigentlich andere Prioritäten geben müsste, sie also Klientelpolitik darstellt, und dass die Finanzierung besser über das Steuersystem erfolgen sollte. Doch der große Satz von der Handlungsfreiheit und Selbstbestimmung künftiger Generationen ist völlig unangemessen, ist nicht der geeignete Kontext einer Kritik an dieser Reform. Im übrigen sollten auch künftige Generationen nichts dagegen einzuwenden haben, dass ein reiches Land seinen Alten ordentliche Rentenansprüche einräumt. Die Rentenreform zielte hier in jedem Fall

auf mehr Gerechtigkeit bei den individuellen Ansprüchen.

Doch selbst wenn gerade durch diese Reform die Balance der Ansprüche zwischen den Generationen endgültig aus dem Gleichgewicht gebracht werden sollte - was nicht unbedingt als realistische Annahme erscheint -, ist es keineswegs so, dass die künftige Generation dem hilflos ausgeliefert wäre. Was Rentenansprüche künftig Wert sind, hängt, wie auch der Wert anderer Vermögensansprüche, von vielen Faktoren ab. Nicht zuletzt auch von staatlichen Entscheidungen. Würden tatsächlich die künftigen Renteneinkommen als unverhältnismäßig hoch im Vergleich zu den Einkommen der Erwerbstätigen erscheinen, dann könnten sie besteuert oder auf andere Weise abgesenkt werden. Daher ist die Rentenreform als lässliche Sünde anzusehen, und man sollte darob nicht in Nachahmung einer früheren CDU in ein ideologisches Geschrei ausbrechen.

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Rafal Piasecki
- Hartmut Gündera
- Vasili Franco
- Walther Moser
- Dierk Helmken
- Horst Schiermeyer
- Thomas Reimeier
- Benedikt Kaukler
- Pascal Haggenmüller
- Christine Redlingshöfer
- Christian Hey
- Andreas Wießler
- Walter Molt
- Ramon Katrein
- Matthias Falk
- Dietmar Ferger
- Silke Eisfeld

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 284 - 296:

Wir Grüne fordern eine seriöse Haushaltspolitik. ~~Somit schaffen wir auch unseren Kindern die Freiheit, eigene Akzente zu setzen und nicht nur für unsere Schulden zu arbeiten. Nachhaltige Haushaltspolitik ermöglicht es, kommenden Generationen einen finanz-, sozial- und gesellschaftspolitischen Gestaltungsspielraum zu vererben.~~ Dazu gehören neben solidem Haushalten vor allem Investitionen in die Zukunft. ~~Eine Austeritätspolitik, die einseitig auf eine Kürzung öffentlicher Angebote und die Privatisierung öffentlicher Güter setzt, lehnen wir ab. Insbesondere~~
Staatsausgaben und staatliche Leistungen müssen sorgfältig auf ihre Angemessenheit und Effizienz geprüft werden, doch bei einem wachsenden Bedarf an öffentlichen Gütern kann eine Schwächung und Zurückdrängung des Staates nicht unser Ziel sein.

Insbesondere Kommunen müssen angemessen ausgestattet sein, um ihre Infrastruktur erhalten zu können. Wir wollen nachhaltige Mobilität stärken und ein schnelles Internet für alle, egal ob sie in den Städten oder im ländlichen Raum leben. Gerade auch der Klimawandel fordert ressourcenschonende Innovationen und öffentliche Investitionen, damit wir die größte Menschheitsaufgabe angehen können.

Begründung

Siehe unser Begründung zum Änderungsantrag zu Zeile 258 ff.

Zudem liest sich der Satz zur Austeritätspolitik sonst so, als sei diese völlig in Ordnung, wenn sie nur nicht einseitig betrieben wird.

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Rafal Piasecki
- Hartmut Gündera
- Vasili Franco
- Walther Moser
- Dierk Helmken
- Benedikt Kaukler
- Horst Schiermeyer
- Thomas Reimeier
- Pascal Haggenmüller
- Christine Redlingshöfer
- Andreas Wießler
- Christian Hey
- Walter Molt
- Ramon Katrein
- Matthias Falk
- Dietmar Ferger
- Matthias Falk

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: KV Karlsruhe-Land (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 305 - 329:

Uns ~~ist die~~ interessiert das Kapital nur insofern, wie es der Freiheit der Menschen ~~wichtiger als~~ dient. Ist die ~~Freiheit des Kapitals. Um dies~~ Politik ~~nicht fähig, Monopole~~ zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International tätige ~~vermeiden, Wettbewerb herzustellen, werden~~ Unternehmen halten sich mit ihren Gewinnen zu allzu ~~oft nicht an nationale Vorgaben und werden oftmals~~ mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu gewinnen, auch damit sich Politik für ~~mächtigen~~ Akteuren, die ~~Interessen von kleinen~~ Normen, Standards und ~~mittleren~~ Antimonopolmaßnahmen verhindern. Immer mehr international tätige ~~Unternehmen einsetzen kann~~ erfordern auch internationale Ansätze, Monopole zu verhindern und ~~nicht nur den Profitinteressen einiger weniger Großkonzerne dient.~~ multilateral Normen und Standards durchzusetzen. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Der europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet. Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob

Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 305 - 329:

Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat.

International tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle ~~Marktteilnehmer~~-MarktteilnehmerInnen. Der europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet.

Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik

oder ob die Freiheit und die Rechte der VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 305 - 329:

Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. ~~Der europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet.~~ Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die

geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

Begründung

Im Moment stellt sich das Ergebnis des freien Handels im europäischen Binnenmarkt doch wohl eher als Desaster dar. Auch wenn der kritisierte Satz im Prinzip nicht falsch ist, passt der europäische Binnenmarkt heute nicht als gutes Beispiel.

UnterstützerInnen

Rudolf Witzke (KV Heidelberg) Jörg Partsch (KV Freiburg) Rafal Piasecki (KV Freiburg) Vasili Franco (KV Freiburg) Hartmut Gündera (KV Heidelberg) Dierk Helmken (KV Heidelberg) Walter Molt (KV Oberallgäu) Benedikt Kaukler (KV Freiburg) Horst Schiermeyer (KV Görlitz) Thomas Riemeier (KV Lippe) Pascal Haggenmüller (KV Freiburg) Christine Redlingshöfer (KV Freiburg) Andreas Wießler (KV Breisgau-Hochschwarzwald) Christian Hey (KV Steglitz-Zehlendorf) Walther Moser (KV Freiburg) Ramon Katrein (KV Freiburg) Matthias Falk (KV Freiburg) Silke Eisleben (KV Breisgau-Hochschwarzwald) Dietmar Ferger (KV Lörrach)

FR-01-321

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: KV Fürstenfeldbruck

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 305 - 329:

Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Der europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet. Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. ~~In der jetzigen Form lehnen wir die~~Die transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP lehnen wir ab. Selbstverständlich sind wir offen für zukünftige demokratisch legitimierte Handelsabkommen, welche hohe ökologische und soziale Standards berücksichtigen und fördern. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr,

dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 305 - 329:

Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Der europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet. Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und ~~Saatgutmonopolisten~~**SaatgutmonopolistInnen** den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der

VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die geplante Durchmarktung von Kunst- und Kultur drohen Reflexionspotenziale verschüttet zu werden und Freiheitsspielräume verloren zu gehen.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Ulle Schauws

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 305 - 329:

Uns ist die Freiheit der Menschen wichtiger als die Freiheit des Kapitals. Um dies zu realisieren, brauchen wir einen handlungsfähigen Staat. International tätige Unternehmen halten sich allzu oft nicht an nationale Vorgaben und werden oftmals mächtiger als Staaten. Hier gilt es das Primat der Politik wieder zu gewinnen, auch damit sich Politik für die Interessen von kleinen und mittleren Unternehmen einsetzen kann und nicht nur den Profitinteressen einiger weniger Großkonzerne dient. Wir brauchen keine Monopole, sondern Wettbewerb durch Innovationskraft, um Antworten für die dringend notwendige ökologische Modernisierung zu finden. Deshalb kämpfen wir gegen Machtwirtschaft und für fairen Wettbewerb mit gleichen Spielregeln für alle Marktteilnehmer. Der europäische Binnenmarkt zeigt, dass freier Handel große Chancen bietet. Freihandelsabkommen sind nicht per se schlecht, wenn dabei die Rechte der VerbraucherInnen und demokratisch-rechtsstaatliche Grundsätze nicht verwässert, sondern nach Möglichkeit sogar gestärkt werden. Profitieren müssen Verbraucherschutz, Umweltschutz, soziale Rechte und Wirtschaft. Wir wollen solche Vertragsverhandlungen in diesem Sinne gestalten und transparent durchführen. In der jetzigen Form lehnen wir die transatlantischen Handelsabkommen CETA und TTIP ab. Dabei geht es uns auch darum, ob Agrarlobbys, Lebensmittel-Multis, Chemiekonzerne und Saatgutmonopolisten den schnellen Durchgriff haben auf Regierungspolitik oder ob die Freiheit und die Rechte der VerbraucherInnen vorne stehen. Die Handelsabkommen bergen die Gefahr, dass durch Klagen der Konzerne vor privaten Schiedsgerichten demokratische Entscheidungen ausgehebelt werden. Solche Klage-Privilegien lehnen wir ab. Und durch die

~~geplante Durchmarktung~~ weiter vorangetriebene Ökonomisierung von ~~Kunst~~ und Kultur ~~drohen Reflexionspotenziale verschüttet zu werden~~ und ~~Freiheitsspielräume~~ Medien sowie wegen des divergierenden Kulturverständnisses der USA droht der Schutz der kulturellen Vielfalt im Sinne der Unesco- Konvention sowie die Anerkennung von Kulturgütern als Träger von Werten und Traditionen verloren zu gehen.

Begründung

erfolgt mündlich

UnterstützerInnen

- Tabea Rößner
- Katja Dörner
- Maria Klein-Schmeink
- Oliver Keymis
- Carsten Werner
- Eva Leipprand
- Dr. Christine Fuchs
- Volker Schäfer
- Nicole Hohmann
- Dr. Richard Ralfs
- Dr. Bernd Schulz
- Jens Burnicki
- Friederike Landau
- Stephan Doempke
- Antonia Simon
- Notker Schweikhardt
- Irmtraud Wahlers
- Susanne Rehm
- Christian A. Möller

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 338 - 352:

Wir Grüne kämpfen gegen ~~Investor-Staats-Klagen~~, InvestorIn-Staats-Klagen, die in den Abkommen TTIP und CETA die demokratisch legitimierten Institutionen zu untergraben drohen. Erste Anzeichen für Zweifel innerhalb der EU-Kommission werten wir als Erfolg der Zivilgesellschaft, die aber weiter - mit unserer Unterstützung - Druck machen muss. Wir stellen uns gegen intransparente Verhandlungen und gegen die Absenkung von Standards. Alle geheimen Absprachen müssen auf den Tisch, damit die Abkommen öffentlich diskutiert werden. Aber wir machen bei TTIP und CETA nicht halt. Wir fordern klare Regeln für die Wirtschaft - gegen Kartelle und Oligopole oder Banken, die „too big to fail“ sind. Diese Regeln ermöglichen erst unternehmerische Freiheit für alle. Wir werden der Wirtschaft im Rahmen des Ordnungsrechts klare Regeln setzen. Dazu gehört auch Transparenz bei Lobbyismus, denn geheime Einflussnahme durch die Großen ist oft ein Problem für das Gemeinwohl. Die politische Selbstbestimmung wollen wir stärken, indem wir selbstorganisierte Zusammenschlüsse der europäischen Zivilgesellschaft, wie derzeit im Rahmen der europäischen Kampagne gegen CETA und TTIP, unterstützen.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: KV Karlsruhe-Land (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 338 - 352:
Neu hinzufügen:

Vermachtet sind jedoch auch die Verbändestrukturen in Deutschland: Im Falle der großen Sozialträger, aber auch großer Verbände, sind Teile der Zivilgesellschaft mit marktbeherrschenden Stellungen verknüpft und haben sich so der Weiterentwicklung entzogen und eine Bedeutung errungen, die nicht mehr die Entwicklung der demokratischen Verhältnisse repräsentieren, diese aber blockiert.

Eine grüne Vorstellung von Zivilgesellschaft transportiert Impulse aus der Gesellschaft, befindet sich im stetigen Wandel und sollte auch gestärkt, aber weder verstaatlicht noch mit verstetigt sein. Wir wollen Menschen, keine Institutionen fördern.

Die bestehende Trägerlandschaft wollen wir entflechten, transparenter gestalten und die Abhängigkeit der öffentlichen Hand von einzelnen Trägern durch mehr Wettbewerb lockern.

Begründung

An dieser Stelle ist die innenpolitische Dimension zu knapp.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 353 - 360:

~~Wenn immer~~Immer mehr Menschen setzen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue Kultur des Teilens ~~entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ein Pfadfinder der Freiheit sein. Share Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ Kitas,~~entgegen. Share Economy, Repair Cafés, freie ~~Schulen,~~Bildungsinitiativen, Projekte der ~~Bürgerenergie~~BürgerInnenenergie, aber auch autonome Zentren und unzählige ~~andere Bürgerinitiativen~~weitere Initiativen sind ~~wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet~~Formen freier ökonomischer und ~~sozial verträglich sind~~sozialer Betätigung, die ~~besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben~~jenseits kommerzieller Märkte ein Mehr an Wohlstand bedeuten. Grüne Politik muss darauf ausgerichtet sein, solche Projekte zu ermöglichen und ~~organisiert werden muss.~~die AkteurInnen zu unterstützen. Das schließt neben der politischen Anerkennung auch Hilfe bei der Vernetzung und im Bedarfsfall das Zurverfügungstellen von Infrastruktur ein. Außerdem wollen wir die Professionalisierung und Weiterentwicklung solcher Initiativen hin zum Social Business fördern. Menschen in die Lage zu versetzen, neue Formen des Wirtschaftens auszuprobieren und umzusetzen, ist ein wichtiger Teil des grünen Freiheitsgedankens.

Begründung

Absatz wichtig für das grüne Freiheitsverständnis

FR-01-354

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 353 - 360:

Wenn immer mehr Menschen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue Kultur des Teilens entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ~~ein~~ **Pfadfinder**~~e~~**eine Pfadfinderin** der Freiheit sein. Share-Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ-Kitas, freie Schulen, Projekte der Bürgerenergie und unzählige andere Bürgerinitiativen sind - wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet und sozial verträglich sind - die besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben und organisiert werden muss.

FR-01-356

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 353 - 360:

Wenn immer mehr Menschen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue Kultur des Teilens entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ein Pfadfinder der Freiheit sein. Share-Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ-Kitas, freie Schulen, Projekte der **Bürgerenergie****BürgerInnenenergie** und unzählige andere Bürgerinitiativen sind - wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet und sozial verträglich sind - die besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben und organisiert werden muss.

Begründung

Gendern

FR-01-356-1

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 353 - 360:

Wenn immer mehr Menschen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue Kultur des Teilens entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ein Pfadfinder der Freiheit sein. Share-Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ-Kitas, freie Schulen, Projekte der Bürgerenergie und unzählige andere **Bürgerinitiativen****BürgerInneninitiativen** sind - wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet und sozial verträglich sind - die besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben und organisiert werden muss.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 353 - 360:

Wenn immer mehr Menschen einer Ökonomie des Habens und Besitzens eine neue Kultur des Teilens entgegensetzen, dann sollte grüne Politik hier ein Pfadfinder der Freiheit sein. Share-Economy, Makers-Markets, Elterninitiativ-Kitas, freie Schulen, Projekte der Bürgerenergie und unzählige andere Bürgerinitiativen sind - wenn sie nicht nur Einzelinteressen, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet und sozial verträglich sind - die besten Beispiele dafür, dass nicht alles durch den Staat bis ins kleinste Detail geregelt, vorgeschrieben und organisiert werden muss. Daher setzen wir uns dafür ein, dass dieser Wirtschaftszweig besonders unterstützt wird.

Begründung

Wir können die Sharing-Economy loben, davon hat sie aber nicht viel. Als junger Wirtschaftszweig ist sie auf staatliche Unterstützung am Anfang angewiesen.

FR-01-373

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 370 - 374:

Die Große Koalition gefährdet die Selbstbestimmung der VerbraucherInnen, denn sie schränkt ihre Möglichkeiten ein, freie und transparente Entscheidungen zu fällen. Sie gefällt sich in der Rolle der Lobby der Produzenten - wie ihre Wirtschaftspolitik zeigt. Sie geht das Thema ~~Verbraucherschutz~~VerbraucherInnenschutz und ~~Verbraucherinformation~~VerbraucherInneninformation nicht an.

Begründung

Gendern

FR-01-381

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 375 - 385:

Wir Grüne verstehen uns als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Wir verteidigen die VerbraucherInnen gegenüber den großen Lobbys, sorgen für Transparenz und schaffen durch Information die Grundlage für freie Entscheidungen. Wir fordern verbraucherfreundliche Spielregeln für einen fairen und transparenten Markt. Damit kann - wer will - seine Kaufentscheidungen nach ökologischen und sozialen Merkmalen treffen. Deshalb brauchen wir ein grunderneueres ~~Verbraucherinformationsgesetz~~, VerbraucherInneninformationsgesetz, das selbstbestimmte Entscheidungen unterstützt. So stärken wir die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher und nehmen die Produzenten in die Pflicht. Außerdem wollen wir in Handelsverträgen mit Entwicklungsländern verpflichtend Umwelt-, Menschenrechts- und Sozialklauseln verankern.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Oczan Mutlu (KV Berlin-Mitte)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 386 - 397:

Aus unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis heraus treten wir für das gleiche Rechte für alle ein – egal welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Alters, welchen Geschlechts und welcher sexuellen auf Verschiedenheit ein. Ob Glauben, Alter, Geschlecht oder sexueller Orientierung, ob mit Behinderung oder ~~ohne~~ ohne: Gleiche Rechte müssen vorbehaltlos für alle gelten, denn Teilhabe ist unteilbar. Wir leben in einer Gesellschaft, innerhalb derer ein friedliches und gemeinschaftliches Miteinander ständig neu erstritten und verteidigt werden muss und in der gruppenspezifische Menschenfeindlichkeit kein Randphänomen ist. Vielfalt wird mitunter offen abgelehnt, im besten Fall wird sie akzeptiert oder toleriert. Aber das reicht nicht. Ziel grüner Politik war und ist es, Vielfalt wertzuschätzen, Vielfalt also zu respektieren, zu bejahen und zu fördern. Deshalb kämpfen wir für eine inklusive Gesellschaft frei von ~~Rassismus~~ Rassismus, Diskriminierung und Diskriminierung-jeglicher Form von Ausgrenzung. Hier gibt es in Deutschland immer noch viel Nachholbedarf. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer. Die Kombination von Minijobs und Ehegattensplitting verhindert weiterhin die Absicherung von Frauen und bringt sie oft in die Altersarmut. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften haben immer noch nicht die gleichen Rechte wie Heterosexuelle. Viele junge Menschen müssen sich immer noch entscheiden, welchen Pass sie haben wollen, statt einfach einen Doppelpass zu erhalten.

Begründung

Mündlich

UnterstützerInnen

- Svenja Almann (KV Berlin-Mitte) Bianca Affeldt (KV Berlin-Mitte) Andreas Benens (KV Berlin-Mitte) Bettina Borgemeister (KV Berlin-Mitte) Johanna Braun (KV Berlin-Mitte) Claudius Brüning (KV Kreisfrei) Klaus Dietze (KV Berlin-Mitte) Sarah Erdmann (KV Berlin-Mitte) Lucas Gerrits (KV Berlin-Mitte) Daniel Gollasch (KV Berlin-Mitte) Mona Hille (KV Berlin-Mitte) Johanna Hoppe (KV Berlin-Mitte) Heike Kähler (KV Berlin-Mitte) Manuel Kochinski (KV Berlin-Mitte) Cliff Meißner (KV Berlin-Mitte) Christoph Melzer (KV Berlin-Mitte) Jenny Neubert (KV Berlin-Mitte) Matthias Oomen (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) Steff Ulbrich (KV Pankow) Laura Törkel (KV Pankow)
- Kai Gehring (KV Esseb)

FR-01-389

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und
partizipativ, verantwortungsbewusst und
solidarisch**

Im Absatz von Zeile 386 - 397:

Aus unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis heraus treten wir für gleiche Rechte für alle ein - egal welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Alters, welchen Geschlechts und welcher sexuellen ~~Orientierung~~, Identität, ob mit Behinderung oder ohne. Wir kämpfen für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung. Hier gibt es in Deutschland immer noch viel Nachholbedarf. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer. Die Kombination von Minijobs und Ehegattensplitting verhindert weiterhin die Absicherung von Frauen und bringt sie oft in die Altersarmut. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften haben immer noch nicht die gleichen Rechte wie Heterosexuelle. Viele junge Menschen müssen sich immer noch entscheiden, welchen Pass sie haben wollen, statt einfach einen Doppelpass zu erhalten.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven Giegold (KV Düsseldorf), Daniel Köbler (KV

Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Volker Beck (KV Köln), Marianne Weiß (KV Bielefeld), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Malte Spitz (KV Münster), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 386 - 397:

Aus unserem emanzipatorischen Freiheitsverständnis heraus treten wir für gleiche Rechte für alle ein - egal welcher Herkunft, welchen Glaubens, welchen Alters, welchen Geschlechts und welcher sexuellen Orientierung, ob mit Behinderung oder ohne. Wir kämpfen für eine Gesellschaft frei von Rassismus und Diskriminierung. Hier gibt es in Deutschland immer noch viel Nachholbedarf. Frauen verdienen deutlich weniger als Männer. Die Kombination von Minijobs und Ehegattensplitting verhindert weiterhin die Absicherung von Frauen und bringt sie oft in die Altersarmut. Gleichzeitig fehlt es an einer emanzipatorischen Männer- und Jungenpolitik, die neue Wege jenseits der klassischen Rollen ermöglicht und unterstützt. Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften haben immer noch nicht die gleichen Rechte wie Heterosexuelle. Viele junge Menschen müssen sich immer noch entscheiden, welchen Pass sie haben wollen, statt einfach einen Doppelpass zu erhalten.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven Giegold (KV Düsseldorf), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Volker Beck (KV Köln), Marianne Weiß (KV Bielefeld), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Malte Spitz (KV Münster), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 398 - 409:

Die Große Koalition hat in der Gesellschaftspolitik bis jetzt nicht viel bewegt. Schlimmer noch, sie erhebt gar nicht erst ernsthaft den Anspruch die Gesellschaft zu modernisieren. Vielmehr macht sie Alibipolitik, die im besten Fall nichts schlimmer und im schlimmsten Fall vieles kaputt macht. Sie ringt sich widerwillig zu einer Frauenquote durch, die nicht weit genug geht. ~~Lesben~~Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans- und Schwulen Intersexuellen werden weiterhin elementare Rechte vorenthalten. So bleibt die Große Koalition bei der verfassungswidrigen Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht und im Steuerrecht. Die doppelte Staatsbürgerschaft wurde von Sigmar Gabriel lauthals versprochen - gekommen sind bürokratische Ausnahmeregelungen. In der Drogen- und Suchtpolitik ist die Große Koalition ideologisch verbohrte. Sie setzt auch weiterhin auf längst gescheiterte Verbote, Repression und Bevormundung.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven Giegold (KV Düsseldorf), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Volker Beck (KV Köln), Marianne Weiß (KV Bielefeld), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Malte Spitz (KV Münster), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 398 - 409:

Die Große Koalition hat in der Gesellschaftspolitik bis jetzt nicht viel bewegt. Schlimmer noch, sie erhebt gar nicht erst ernsthaft den Anspruch die Gesellschaft zu modernisieren. Vielmehr macht sie Alibipolitik, die im besten Fall nichts schlimmer und im schlimmsten Fall vieles kaputt macht. Sie ringt sich widerwillig zu einer Frauenquote durch, die nicht weit genug geht. Lesben und Schwulen werden weiterhin elementare Rechte vorenthalten. So bleibt die Große Koalition bei der verfassungswidrigen Benachteiligung eingetragener ~~Lebenspartnerschaften~~LebenspartnerInnenschaften im Adoptionsrecht und im Steuerrecht. Die doppelte Staatsbürgerschaft wurde von Sigmar Gabriel lauthals versprochen - gekommen sind bürokratische Ausnahmeregelungen. In der Drogen- und Suchtpolitik ist die Große Koalition ideologisch verbohrt. Sie setzt auch weiterhin auf längst gescheiterte Verbote, Repression und Bevormundung.

Begründung

gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 398 - 409:

Die Große Koalition hat in der Gesellschaftspolitik bis jetzt nicht viel bewegt. Schlimmer noch, sie erhebt gar nicht erst ernsthaft den Anspruch die Gesellschaft zu modernisieren. Vielmehr macht sie Alibipolitik, die im besten Fall nichts schlimmer und im schlimmsten Fall vieles kaputt macht. Sie ringt sich widerwillig zu einer Frauenquote durch, die nicht weit genug geht. Lesben und Schwulen werden weiterhin elementare Rechte vorenthalten. So bleibt die Große Koalition bei der verfassungswidrigen Benachteiligung eingetragener Lebenspartnerschaften im Adoptionsrecht und im Steuerrecht. Die doppelte ~~Staatsbürgerschaft~~ StaatsbürgerInnenschaft wurde von Sigmar Gabriel lauthals versprochen - gekommen sind bürokratische Ausnahmeregelungen. In der Drogen- und Suchtpolitik ist die Große Koalition ideologisch verbohrt. Sie setzt auch weiterhin auf längst gescheiterte Verbote, Repression und Bevormundung.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 410 - 424:

Wir Grüne fordern einen neuen Aufbruch in der Gesellschaftspolitik. In der rot-grünen Regierungszeit haben wir viele neue Freiheiten erkämpft, doch seitdem hat sich nicht mehr viel getan. Wir Grüne kämpfen gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzen uns für eine wirkliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften und eine Ehe für alle ein, schlagen die Gläserne Decke für Frauen in dieser Gesellschaft ein und wollen Menschen nicht mehr vor die Entscheidung stellen, welchen Pass sie haben. In der Drogenpolitik wollen wir die Kriminalisierung von KonsumentInnen beenden und heute illegale Substanzen wie Cannabis, aus dem Schwarzmarkt herausholen. Nur so kann man wirksam Prävention und Jugendschutz betreiben, sinnvolle Maßnahmen zur Schadensminderung anbieten und Kriminalität effektiv bekämpfen. Wir verstehen Freiheit als solidarisch, partizipatorisch und emanzipatorisch, weil sie die Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen für alle schafft. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die wirkliche Selbstbestimmung und ein Leben ohne unnötige Einschränkungen ermöglicht.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 410 - 424:

Wir Grüne fordern einen neuen Aufbruch in der Gesellschaftspolitik. In der rot-grünen Regierungszeit haben wir viele neue Freiheiten erkämpft, doch seitdem hat sich nicht mehr viel getan. Wir Grüne kämpfen gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzen uns für eine wirkliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen ~~Lebenspartnerschaften~~ LebenspartnerInnenschaften ein, schlagen die Gläserne Decke für Frauen in dieser Gesellschaft ein und wollen Menschen nicht mehr vor die Entscheidung stellen, welchen Pass sie haben. In der Drogenpolitik wollen wir die Kriminalisierung von KonsumentInnen beenden und heute illegale Substanzen wie Cannabis, aus dem Schwarzmarkt herausholen. Nur so kann man wirksam Prävention und Jugendschutz betreiben, sinnvolle Maßnahmen zur Schadensminderung anbieten und Kriminalität effektiv bekämpfen. Wir verstehen Freiheit als solidarisch, partizipatorisch und emanzipatorisch, weil sie die Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen für alle schafft. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die wirkliche Selbstbestimmung und ein Leben ohne unnötige Einschränkungen ermöglicht.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 410 - 424:

Wir Grüne fordern einen neuen Aufbruch in der Gesellschaftspolitik. In der rot-grünen Regierungszeit haben wir viele neue Freiheiten erkämpft, doch seitdem hat sich nicht mehr viel getan. Wir Grüne kämpfen gegen jede Form von Rassismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, setzen uns für eine wirkliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften ein, schlagen die Gläserne Decke für Frauen in dieser Gesellschaft ein und wollen Menschen nicht mehr vor die Entscheidung stellen, welchen Pass sie haben. In der Drogenpolitik wollen wir die ideologische Verbotspolitik ablösen. Wir wollen die Kriminalisierung von ~~KonsumentInnen~~Konsument*innen beenden und setzen stattdessen auf Vorbeugung, gesundheitliche Aufklärung und selbstbestimmten Konsum. Dazu gehört auch, heute illegale Substanzen wie ~~Cannabis, aus dem Schwarzmarkt herausholen. Nur so kann man wirksam Prävention~~Cannabis zu legalisieren und ihre Abgabe unter strenger Kontrolle in lizenzierten Fachgeschäften zu ermöglichen. So kann der Jugendschutz ~~betreiben, sinnvolle Maßnahmen zur Schadensminderung anbieten~~gestärkt, Gesundheits- und ~~Kriminalität effektiv bekämpfen.~~Verbraucherstandards gesichert und der Schwarzmarkt ausgetrocknet werden, wie es einige Staaten international bereits vormachen. Wir verstehen Freiheit als solidarisch, partizipatorisch und emanzipatorisch, weil sie die Voraussetzungen für selbstbestimmte Entscheidungen für alle schafft. Deshalb setzen wir uns für eine Politik ein, die wirkliche Selbstbestimmung und ein Leben ohne unnötige Einschränkungen ermöglicht.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Volker Beck (KV Köln), Marianne Weiß (KV Bielefeld), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Malte Spitz (KV Münster), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster), Gönül Eglence (KV Essen)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch

Im Absatz von Zeile 438 - 447:

Wir Grüne kämpfen für eine ~~Mindestabsicherung~~, eigenständige, sanktionsfreie Grundsicherung, die ~~Freiheit~~Teilhabe ermöglicht und die keine neuen Abhängigkeiten schafft. ~~Mit unserer grünen Grundsicherung~~Damit stellen wir uns auch gegen eine ~~Sozialstaatgängelung~~, ingängelnde Sozialbürokratie. Jemand, bei dem bei Erwerbslosigkeit staatliche Behörden die Wohnung aufsuchen und die Zahl der Zahnbürsten ~~gezählt werden~~zählt, ist nicht wirklich frei. Jemand, dem auch das unterste Existenzminimum durch sinnentleerte und bedrohliche Sanktionen gekürzt wird, ebenso wenig. Statt auf Bestrafung und Gängelung setzen wir auf Motivation, Hilfe und Anerkennung. Im Kampf gegen die Altersarmut haben wir deshalb mit unserer Garantierente ein Konzept vorgelegt, das sicherstellt, dass auch Geringverdienende, Erwerbstätige in Teilzeit oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien als langjährig Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Damit wird Altersarmut auch und gerade von Frauen verhindert.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster), Gönül Eglence (KV Essen), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Marlis Bredehorst (KV Köln), Sophie Karow (KV Düsseldorf), Matthias Schneider (KV Duisburg)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 438 - 447:

Wir Grüne kämpfen für eine Mindestabsicherung, die Freiheit ermöglicht und keine neuen Abhängigkeiten schafft. Mit unserer grünen Grundsicherung stellen wir uns gegen eine Sozialstaatsgängelung, in der ~~Zahnbürsten gezählt werden.~~ für jede einzelne Zahnbürste ein Antrag gestellt werden muss. Statt auf Bestrafung und Gängelung setzen wir auf Motivation, Hilfe und Anerkennung. Im Kampf gegen die Altersarmut haben wir deshalb mit unserer Garantierente ein Konzept vorgelegt, das sicherstellt, dass auch Geringverdienende, Erwerbstätige in Teilzeit oder mit unterbrochenen Erwerbsbiografien als langjährig Versicherte der gesetzlichen Rentenversicherung im Alter nicht auf Leistungen der Grundsicherung angewiesen sind. Damit wird Altersarmut auch und gerade von Frauen verhindert.

Begründung

Stärkeres sprachliches Bild.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Kai Gehring

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Ersetzen der Zeilen 448 bis 489 durch:

II.8 Freie Entfaltung und selbstbestimmte Entscheidungen für alle Familien

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen. Diese Debatte wollen wir im kommenden Jahr mit unserem Schwerpunkt Zeitpolitik fortsetzen.

Die Große Koalition gefährdet die Wahl- und Entscheidungsfreiheit von Familien. Besonders die Union hält an einem Familienbild aus dem letzten Jahrhundert fest und ignoriert die Realität mit ihren vielfältigen Familienformen und vielseitigen Anforderungen. Letztendlich leiden darunter die Kinder. Wirksame Maßnahmen gegen die geringeren Gehälter von Frauen bleibt sie schuldig.

Wir Grüne fordern Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik zu stellen. Das bedarf der Anerkennung und Gleichbehandlung aller Familienmodelle und flexibler Arbeitsmodelle, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen.

Dazu braucht es eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, Beruf und Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Bei der Infrastruktur dürfen wir die Qualität der Einrichtungen nicht vernachlässigen. Niemandem ist geholfen, wenn die Kinder entweder keinen Platz in einer Einrichtung finden oder in zu großen Gruppen zu wenige Anregungen erfahren. Das Betreuungsgeld, das als Kita-Fernhalteprämie tatsächlicher Wahlfreiheit und besseren Bildungschancen für viele Kinder entgegensteht, lehnen wir ab.

II.9 Gute Bildung und Wissenschaftsfreiheit für Selbstbestimmung und gesellschaftliche Freiheit

Bildung ist der Grundpfeiler einer offenen und gerechten Gesellschaft. Gute Bildung von Anfang an ist entscheidende Voraussetzungen für persönliche Freiheit und Selbstbestimmung, für soziale, kulturelle und berufliche Teilhabe, für gleiche Chancen und Aufstiegsperspektiven für alle. Deshalb brauchen wir ein Bildungs- und Wissenschaftssystem, das den Menschen ermöglicht, bewusste und verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen, an der Willensbildung teilzunehmen und ihren Bildungs- und Berufsweg selber bestimmen zu können. Eine pluralistische und lebendige Demokratie lebt vom Mitmachen der BürgerInnengesellschaft und von neuen Ideen, deswegen braucht es Freiräume für Kreativität und Innovationen sowie vielfältige Bildungsmöglichkeiten.

Unser Land braucht endlich **Bildungsorte**, die bestmögliche Chancen für alle garantieren und allen Kindern und Jugendlichen gerecht werden. Dafür ist es unerlässlich, dass gesellschaftliche Vielfalt von Anfang wertgeschätzt und als Chance begriffen wird, denn nur so kann ein von Anerkennung geprägtes lernförderliches Klima gewährleistet werden. Als freiheitliche Gesellschaft müssen wir ein neues Chancen- und Aufstiegsversprechen geben und eine neue Bildungsexpansion ermöglichen, damit Chancen und Entfaltungsmöglichkeiten nicht länger nach Herkunft verteilt werden.

Die Große Koalition macht in der Bildungspolitik nur Trippelschritte. Zu einem vollständigen Kippen des Kooperationsverbots kann sie sich nicht durchringen, obwohl damit endlich die große gesamtstaatliche Aufgabe Bildung gemeinsam angepackt und ihre Finanzierungsgrundlage gestärkt werden könnten.

Wir Grüne wollen den Mangel an Kita-, Ganztags- und Ausbildungs- und Studienplätzen überwinden, das Kooperationsverbot in Gänze kippen, die Bildungsfinanzierung stärken und die Qualität in allen Bildungseinrichtungen erhöhen. Kitas, Schulen und Hochschulen brauchen eine angemessene Ausstattung, denn nur so trägt Bildung zu einem selbstbestimmten Leben bei.

Bildung und Forschung sind Grundvoraussetzung zur Bewältigung der sozialen, ökologischen, kulturellen und ökonomischen Zukunftsfragen. Daher sind wir Grüne seit jeher eine starke Kraft für Wissenschaftsfreiheit und **Hochschulautonomie**. Hochschulen sehen wir als wesentliche Orte und Freiräume des Denkens, des Lernens, des Lehrens, des Forschens und der Erneuerung: Sie sind Quelle von Fortschritt und Kritik, von Geist und

Kreativität, von herausragender Forschung und des kritischen Diskurses über ihre Potenziale, Chancen und Risiken. Sie helfen, unsere Gesellschaft und Wirtschaft durch technologische und soziale Innovationen zukunftsfähig zu gestalten.

Wissenschaftsfreiheit ist ein durch unser Grundgesetz garantiertes Grundrecht und Grundbedingung für wissenschaftliche Qualität. Sie ist konstitutiv für jede Demokratie, Gradmesser einer freiheitlichen Gesellschaft und unverzichtbar für neue Erkenntnisse – daher lehnen wir Denkverbote ab. Dabei benötigt Wissenschaftsfreiheit adäquate Rahmenbedingungen, eine auskömmliche Finanzierung, Methodenvielfalt und Pluralität der Ansätze, größtmögliche Transparenz und zivilgesellschaftliche Partizipation, den offenen gesellschaftlichen Diskurs über ethisch-moralische wie sozial-ökologische Grenzziehungen und die Ergebnisse von Technikfolgenabschätzung.

Wir Grüne wollen erweiterte wissenschaftspolitische Möglichkeiten des Grundgesetzes nutzen, um dem weiteren Studierendenboom und wachsenden Forschungsbedarf gerecht zu werden. Die Grundfinanzierung der Hochschulen muss gestärkt und so die Balance zwischen Grund- und Drittmittel-Finanzierung wieder hergestellt werden. Wir wollen die Ziele erreichen, 7% des Bruttoinlandsprodukts in Bildung und 3,5% in Forschung und Entwicklung zu investieren, um größere Freiräume für Bildung, Wissenschaftsfreiheit und Hochschulautonomie zu schaffen.

UnterstützerInnen

- Özcan Mutlu
- Anja Schillhaneck
- Harald Ebner
- Dr. Franziska Brandtner
- Dr. Ruth Seidl
- Katja Dörner
- Rasmus Andresen
- Martin-Sebastian Abel
- Dr. Eva Gumbel
- Alexander Salomon
- Ottmar von Holtz
- Tabea Rößner
- Meike Rodekamp
- Max Christian Derichsweiler
- Simon Rock
- Eva Malecha
- Karsten Ludwig
- Heraldo Hettich
- Lucas Gerrits

FR-01-450

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Sina Doughan

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und
partizipativ, verantwortungsbewusst und
solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere ~~Anerkennung erfahren:~~ Unterstützung brauchen: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

UnterstützerInnen

Anja Kofbinger (KV Neukölln), Mareike Engels (KV Hamburg-Altona), Marion Lüttig (KV Mannheim), Alexandra Werwath (KV Bremen Mitte/östl Vorstadt), Bahar Haghanipour (KV Bochum), Verena Fuchslocher (KV Mannheim), Irmgard Lindenthal (KV Bremen Mitte und Östliche Vorstadt), Carola Wesbuer (KV Kreisfrei Berlin), Ulle Schauws (KV Krefeld), Brigitte Dittrich (Kreisverband Fürth -Stadt),

Sophie Karow (KV Düsseldorf), Josefine Paul (KV Münster), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Dr. Stefanie von Berg (KV Eimsbüttel), Friederike Schwebler (KV Kreisfrei Berlin), Doro Meuren (KV Neckar-Bergstraße), Catharina Jäger (KV Meißen), Sandra Hildebrandt (KV Kreisfrei), Sabine Littig (KV Mainz) u.a.

FR-01-451

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sina Doughan

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu ~~leben~~. leben. Für uns Grüne steht fest: Familie ist dort, wo Menschen für einander Verantwortung übernehmen und füreinander eintreten. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

UnterstützerInnen

Anja Kofbinger (KV Neukölln), Mareike Engels (KV Hamburg-Altona), Marion Lüttig (KV Mannheim), Alexandra Werwath (KV Bremen Mitte/östl Vorstadt), Bahar Haghanipour (KV Bochum), Verena

Fuchslocher (KV Mannheim), Irmgard Lindenthal (KV Bremen Mitte und Östliche Vorstadt), Carola Wesbuer (KV Kreisfrei Berlin), Ulle Schauws (KV Krefeld), Brigitte Dittrich (Kreisverband Fürth -Stadt), Sophie Karow (KV Düsseldorf), Josefine Paul (KV Münster), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Dr. Stefanie von Berg (KV Eimsbüttel), Friederike Schwebler (KV Kreisfrei Berlin), Doro Meuren (KV Neckar-Bergstraße), Catharina Jäger (KV Meißen), Sandra Hildebrandt (KV Kreisfrei), Sabine Littig (KV Mainz) u.a.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Familie ist für uns Grüne da, wo Kinder sind und da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Das tun sie in vielfältiger Form: Verheiratet oder unverheiratet, alleinerziehend, in Patchwork- oder Regenbogenfamilien oder in familiären Netzwerken über Generationen hinweg, die Menschen mit und ohne verwandtschaftliche Bindung einschließen. Der Staat muss diese Vielfalt des Zusammenlebens unterstützen und darf nicht ein einseitiges Leitbild vorgeben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Sven Giegold (KV Düsseldorf), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Volker Beck (KV Köln), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulla Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster), Gönül Eglence (KV Essen), Maik Babenhauserheide (KV Herford)

FR-01-452

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige ~~Reform~~Abschaffung des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV

Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven-Christian Kindler (RV Hannover), Marianne Weiß (KV Bielefeld), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster), Gönül Eglence (KV Essen), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Reiner Daams (KV Solingen)

FR-01-452-1

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige ~~Reform~~Abschaffung des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

Begründung

Wir wollen das ungerechte und unemanzipatorische EhegattInnensplitting nicht reformieren und erhalten, sondern abschaffen. Wir wollen Familien und nicht die Ehe fördern und setzen uns zudem für die eigenständige Erwerbssicherung von Frauen ein, die insbesondere durch das EhegattInnensplitting verhindert wird.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sina Doghan

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des Ehegattensplittings, über einen Familienvertrag für alle in der Familie lebenden Menschen, über den Ausbau von Mehrgenerationenprojekten, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

UnterstützerInnen

Anja Kofbinger (KV Neukölln), Mareike Engels (KV Hamburg-Altona), Marion Lüttig (KV Mannheim), Alexandra Werwath (KV Bremen Mitte/östl Vorstadt), Bahar Haghanipour (KV Bochum), Verena

Fuchslocher (KV Mannheim), Irmgard Lindenthal (KV Bremen Mitte und Östliche Vorstadt), Carola Wesbuer (KV Kreisfrei Berlin), Ulle Schauws (KV Krefeld), Brigitte Dittrich (Kreisverband Fürth -Stadt), Sophie Karow (KV Düsseldorf), Josefine Paul (KV Münster), Verena Osgyan (KV Nürnberg), Dr. Stefanie von Berg (KV Eimsbüttel), Friederike Schwebler (KV Kreisfrei Berlin), Doro Meuren (KV Neckar-Bergstraße), Catharina Jäger (KV Meißen), Sandra Hildebrandt (KV Kreisfrei), Sabine Littig (KV Mainz) u.a.

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Sven Lehmann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des Ehegattensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, die Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut durch konsequente Schritte zu einer Kindergrundsicherung, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

Katja Dörner (KV Bonn), Rasmus Andresen (KV Flensburg), Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Daniel Köbler (KV Mainz), Volker Beck (KV Köln), Terry Reintke (KV Gelsenkirchen), Conny Lüddemann (KV Dessau-Roßlau), Ulle Schauws (KV Krefeld), Sebastian Lüdecke (KV Mansfeld-Südharz), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Robert Zion (KV Gelsenkirchen), Hermann Ott (KV Wuppertal), Wolfgang Rettich (KV Bochum), Josefine Paul (KV Münster), Gönül Eglence (KV Essen), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Reiner Daams (KV Solingen), Marlis Bredehorst (KV Köln)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 448 - 466:

In unserem Land gibt es eine große Vielfalt familiären Zusammenlebens, die alle unsere Anerkennung erfahren: Sie alle haben ein Recht darauf frei und selbstbestimmt ihren Alltag zu leben. Dafür müssen allerdings endlich die Voraussetzung geschaffen werden: ob über die notwendige Reform des ~~Ehegattensplittings~~, EhegattInnensplittings, über ausreichende Kita-Plätze, eine funktionierende Betreuungs- und Schulinfrastruktur, die Möglichkeit von Teilzeitstellen, das Rückkehrrecht auf Vollzeit oder die Absicherung von Phasen der Fürsorge. Hier sind sowohl Staat als auch Wirtschaft und Gesellschaft gefragt, emanzipatorische und partizipative Freiheit zu ermöglichen. Wenn zwei Drittel aller Eltern Erwerbs- und Familienarbeit partnerschaftlich aufteilen wollen, dies aber nur in sechs Prozent der Fälle im Alltag gelingt, ist das eine erschreckende Diskrepanz - und ein Auftrag an unsere Politik, den wir beherzt annehmen.

Begründung

Gendern

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 476 - 489:

Wir Grüne fordern Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik zu stellen. Das bedarf der Anerkennung und Gleichbehandlung aller Familienmodelle Familienmodelle, die Einführung eines Familienvertrages und flexibler Arbeitsmodelle, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Dazu braucht es eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, Beruf und Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Bei der Infrastruktur dürfen wir die Qualität der Einrichtungen nicht vernachlässigen. Niemandem ist geholfen, wenn die Kinder entweder keinen Platz in einer Einrichtung finden oder in zu großen Gruppen zu wenige Anregungen erfahren. Kitas, Schulen und Hochschulen brauchen eine angemessene Ausstattung. Nur so kann sie zu einem selbstbestimmten Leben führen. Wir sehen es als wichtige staatliche Aufgabe, alle Menschen in die Lage zu versetzen, an der Willensbildung in diesem Land teilzunehmen und ihr persönliches Schicksal bewusst beeinflussen zu können. Diese persönliche Freiheit und Selbstbestimmung ist das Ziel grüner Politik. Und diese Debatte werden wir im kommenden Jahr mit unserem Schwerpunkt Zeitpolitik fortsetzen.

Begründung

Logische Konsequenz des vorangegangenen Satzes.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Katja Dörner

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Im Absatz von Zeile 476 - 489:

Wir Grüne fordern Kinder in den Mittelpunkt der Familienpolitik zu stellen. Das bedarf der Anerkennung und Gleichbehandlung aller Familienmodelle und flexibler Arbeitsmodelle, die auf die Bedürfnisse der Menschen eingehen. Dazu braucht es eine Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur, die es Eltern ermöglicht, Beruf und Familie partnerschaftlich zu vereinbaren. Bei der Infrastruktur dürfen wir die Qualität der Einrichtungen nicht vernachlässigen. Niemandem ist geholfen, wenn die Kinder entweder keinen Platz in einer Einrichtung finden oder in zu großen Gruppen zu wenige Anregungen ~~erfahren~~. erfahren. Das Betreuungsgeld, das als Kita-Fernhalteprämie tatsächlicher Wahlfreiheit und besseren Bildungschancen für viele Kinder entgegensteht, lehnen wir ab. Kitas, Schulen und Hochschulen brauchen eine angemessene Ausstattung. Nur so kann sie zu einem selbstbestimmten Leben führen. Wir sehen es als wichtige staatliche Aufgabe, alle Menschen in die Lage zu versetzen, an der Willensbildung in diesem Land teilzunehmen und ihr persönliches Schicksal bewusst beeinflussen zu können. Diese persönliche Freiheit und Selbstbestimmung ist das Ziel grüner Politik. Und diese Debatte werden wir im kommenden Jahr mit unserem Schwerpunkt Zeitpolitik fortsetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

UnterstützerInnen

Ulle Schauws (KV Krefeld), Sven Lehmann (KV Köln), Sigrid Beer (KV Paderborn), Daniel Köbler (KV Mainz), Sven Giegold (KV Düsseldorf), Hannes Krapp (KV Karlsruhe-Land), Sebastian Brux (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Natalie Konias (KV Euskirchen), Simon Rock (KV Siegen-Wittgenstein), Valentin Münscher (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Ophelia Nick (KV Mettmann), Maik Babenhauserheide (KV Herford), Christian Kühn (KV Tübingen), Irene Mihalic (KV Gelsenkirchen), Gönül Eglence (KV Essen), Clara Herrmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg), Sina Doughan (KV Miesbach), Verena Verspohl (KV Hochsauerlandkreis), Felix Banaszak (KV Berlin-Neukölln), Rasmus Andresen (KV Flensburg)

FR-01/01

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Rhea Niggemann

Gegenstand: **Freiheit Grün Gestalten - emanzipatorisch und partizipativ, verantwortungsbewusst und solidarisch**

Ersetze im gesamten Antrag „artgerecht“ durch „artgemäß“ und „tiergerecht“ durch „tiergemäß“.

Begründung

Die Begriffe "artgerecht" und "tiergerecht" sind unkonkret, da eine Tierhaltung den Lebensbedingungen einer Art nicht gerecht werden kann. Aus diesem Grund bieten sich die Begriffe "artgemäß" und "tiergemäß" eher an und der Begriff "artgemäß" findet deshalb auch Anwendung im Tierschutzgesetz.

UnterstützerInnen

Tim Lüddemann (KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin) Patrick Luzina (KV Friedrichshain-Kreuzberg) Karsten Finke (KV Bochum) Klemens Griesehop (KV Pankow Berlin) Vito Dabisch (KV Kreisfrei) Oliver Timm (KV Neukölln) Fritz Marquardt (KV Neukölln) Valentin Münscher (KV Friedrichshain-Kreuzberg) Anna Rabold (KV Pankow) Bola Olalowo (KV Friedrichshain-Kreuzberg) Lilli Sund (KV Neukölln) Cornelia Lüddemann (KV Dessau-Roßlau) Maxi Hoffmann (KV Friedrichshain-Kreuzberg) Francisca Fackeldey (KV Neukölln) Tatjana Thiel (KV Neukölln) Emma Sammet (KV Steglitz-Zehlendorf) Tobias Balke (KV Charlottenburg-Wilmersdorf) Leila Mawasse (KV Kreisfrei, Grüne Jugend Berlin) Stefan Ziller (KV Marzahn-Hellersdorf)

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Gegenstand: Digitale Selbstbestimmung gewährleisten -
Grenzenlose Überwachung stoppen!

Im Absatz von Zeile 240 - 250:

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche geht einher mit einer zunehmenden Automatisierung. Diese Entwicklungen schreiten voran und haben weitreichende Auswirkungen auf unsere informationelle Selbstbestimmung aber auch auf unsere Arbeitswelt, unser soziales Zusammenleben, unsere Wirtschaft und unser Alltagsleben. Wir Grüne stehen dabei an vielen Stellen vor zahlreichen neuen Herausforderungen und vor Fragen auf die wir noch keine abschließenden Antworten haben. Um den Diskussionsprozess über diese Entwicklungen voranzutreiben und Antworten zu erarbeiten, ~~wird~~werden die BAG und der Bundesvorstand ~~gebeten im Jahr 2015 in Zusammenarbeit~~gebeten, diesen Diskussionsprozess mit ~~den Bundesarbeitsgemeinschaften eine eigenständige inhaltliche Veranstaltung dazu~~eigenen Veranstaltungen zu ~~organisieren.~~begleiten.

Begründung

Der Bundesvorstand ist in der Planung und Durchführung von Veranstaltungen unabhängig. Dieses Prinzip wird ausgehebelt, wenn Veranstaltungen über BDK-Anträge festgelegt werden.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sabine Lübke

Gegenstand: Kluge Regeln schaffen Freiheit

Im Absatz von Zeile 16 - 31:

Ein grünes Freiheitsverständnis lässt sich nicht ohne jeden Bezug auf die Frage der gesellschaftlichen Ungleichheit entwickeln. Die heute aus dem Marktgeschehen resultierende Verteilung ist nicht befriedigend und wird nicht mehr als gerecht empfunden. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung kann von freier Entfaltung nur träumen. Der Staat ist unverzichtbar als Garant gerecht empfundener Umverteilung und Absicherung und Freiheit vor Existenzangst. Wir werden in Zukunft keine gerechte gesellschaftliche Entwicklung haben können, ohne dass der Staat - weitergehend - in den Bereich der Einkommens- und Vermögensverteilung eingreift. Steuererhöhungen können nicht aus Rücksicht auf betroffene Wählerschichten ausgeschlossen werden, wenn sie gesamtgesellschaftlich vernünftig erscheinen. ~~Staatsdefizite können nicht~~
3Sparpolitik mitten in einer falschen Analogie der europäischen Krise, wie Deutschland sie verfolgt,
4stößt international zu Privathaushalten a priori ausgeschlossen werden.
~~Eine solche Politik kann~~Recht auf heftige Kritik. Sie macht die Krise zum
5Dauerproblem, zerstört das Leben von Millionen Europäern und gefährdet den
6politischen Zusammenhalt Europas wie die Erholung der Weltwirtschaft. Fast
nur
7in Deutschland herrscht das Dogma vor, dass selbst in der ~~nächsten~~ Krise
~~soziale Ungleichheit noch weiter verschärfen, so dass~~Sparpolitik
8unvermeidlich sei, wenn man seriöse Wirtschaftspolitik betreiben wolle.
Aber
9Staatsschulden sind keine Schulden dieser Generation, die die nächste
Generation
10abtragen müsste, wie es auch von ~~Chancengleichheit~~Grünen oft fälschlich

dargestellt wurde.

11Solange sie nicht zu Verschuldung gegenüber dem Ausland führt, wovon im Falle

12Deutschlands keine Rede ~~mehr~~ sein kann. Die Grünen bleiben bei ihrer Tradition, die bisher Freiheit nicht ohne Gleichheit ~~kann~~, entstehen gleichzeitig mit ihr entsprechende

13Vermögensansprüche der Bürger. Staatsverschuldung schafft damit eine

14Verteilungsfrage zwischen Vermögensbesitzern und ~~Solidarität-gedacht hat~~ den von staatlichen Leistungen

15Abhängigen, deren Beantwortung offen ist und erst in der Zukunft erfolgen muss.

16Aber der künftigen Generation insgesamt wird damit nichts weggenommen.

Denn wie

17könnte man etwas wegnehmen, was noch gar nicht produziert ist?

Begründung

Redaktionelle Änderung, die den Gedanken klarer ausdrückt.

UnterstützerInnen

- Rudolf Witzke
- Jörg Partsch
- Vasili Franco
- Rafal Piasecki
- Dierk Helmken
- Hartmut Gündera
- Benedikt Kaukler
- Horst Schiermeyer
- Thomas Reimeier
- Pascal Haggenmüller
- Christian Hey
- Christine Redlingshöfer
- Andreas Wießler
- Silke Einfeld
- Ramon Katrein
- Matthias Falk
- Dietmar Ferger
- Walter Molt
- Walther Moser

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: Die Leitlinien der Grünen für eine Regierungsbeteiligung 2017: Ökologisch, gerecht, frei und eigenständig

Im Absatz von Zeile 2 - 11:

Die ~~Bundestagswahl~~Bundestagsdrogenorgie 2013 war für uns ~~Grüne~~eine kunterbunte Pudel mit nachhaltiger Überzeugung auf Drogen ~~eine~~ Enttäuschung. Schnitten wir Anfang 2011 in Umfragen und bei der realen Wahl in Baden-Württemberg noch mit über 20 ~~Prozent~~Promille ab, waren es bei der Bundestagswahl nur zweieinhalb Jahre später gerade einmal 8,4 Prozent. Sicher, die Werte von 2011 waren auch eine Reaktion der Bevölkerung auf die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Andererseits, welch größeres Kompliment können die Bürgerinnen und Bürger eigentlich einer Partei machen, als ihr angesichts eines solchen schrecklichen Ereignisses in so hohem Maße ihr Vertrauen auszusprechen? Leider haben wir dieses Kompliment nicht mit hoher Sensibilität angenommen, sondern viele Menschen im Gegenteil davon überzeugt, dass man die Grünen doch lieber nicht wählen sollte.

Begründung

Ersetze in Zeile 2 und im gesamten Text „Wahl“ durch „Drogenorgie“

Ersetze in Zeile 2 und im gesamten Text „Grüne“ durch „kunterbunte Pudel mit nachhaltiger Überzeugung auf Drogen“

Ersetze in Zeile 4 und im gesamten Text „Prozent“ durch „Promille“

Ersetze in Zeile 19 und im gesamten Text „regieren“ durch „hart was ziehen“

Ersetze in Zeile 20 und im gesamten Text "Inhalte" durch "Drogen"

Begründung: Die bisherige Debatte zu dem Antrag fanden wir nicht besonders schön. Wir glauben, dass der Antrag nach Übernahme dieser Änderungsanträge deutlich stärker zu Erheiterung, Verständigung und zum Zusammenwachsen der Partei beitragen kann. Der Text ist dann wirklich sehr lustig und enthält Textstellen, wie "Jetzt, ein Jahr nach der BundestagsDrogenorgie, gilt es, den Blick nach vorne zu richten. In drei Jahren wird ein neuer Bundestag gewählt. Das Ziel ist dabei klar: kunterbunte Pudel mit nachhaltiger Überzeugung auf Drogen sollen auch im Bund wieder hart was ziehen – nicht als Selbstzweck und um jeden Preis, sondern auf Grundlage unserer Werte , Konzepte und Drogen. Jeder Tag der großen Koalition zeigt, wie wichtig das ist. Es ist ganz einfach: Nur kunterbunte Pudel mit nachhaltiger Überzeugung auf Drogen bringen in einer Koalition mit SPD oder CDU deren beste Seiten zum Vorschein – weil bei uns die Drogen zählen."

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: Die Leitlinien der Grünen für eine Regierungsbeteiligung 2017: Ökologisch, gerecht, frei und eigenständig

Im Absatz von Zeile 2 - 11:

Die Bundestagswahl 2013 war für uns Grüne eine Enttäuschung. Schnitten wir Anfang 2011 in Umfragen und bei der realen Wahl in Baden-Württemberg noch mit über 20 Prozent ab, waren es bei der Bundestagswahl nur zweieinhalb Jahre später gerade einmal 8,4 Prozent. Sicher, die Werte von 2011 waren auch eine Reaktion der Bevölkerung auf die Reaktorkatastrophe in Fukushima. Andererseits, welches größere Kompliment ~~können die Bürgerinnen und Bürger~~ kann das Volk eigentlich einer Partei machen, als ihr angesichts eines solchen schrecklichen Ereignisses in so hohem Maße ihr Vertrauen auszusprechen? Leider haben wir dieses Kompliment nicht mit hoher Sensibilität angenommen, sondern viele Menschen im Gegenteil davon überzeugt, dass man die Grünen doch lieber nicht wählen sollte.

Begründung

Ersetze „Die Bürgerinnen und Bürger“ und „die Gesellschaft“ im gesamten Text durch „das Volk“.

Begründung: Im Antrag wird an vielen Stellen davon ausgegangen, dass es sich bei der angesprochenen Masse an Menschen um eine homogene Masse handelt. Deswegen passt der Begriff „das Volk“ deutlich besser.

FR-04-012

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: Die Leitlinien der Grünen für eine Regierungsbeteiligung 2017: Ökologisch, gerecht, frei und eigenständig

Im Absatz von Zeile 12 - 16:

Es war gut, dass sich nach der Bundestagswahl - bis auf wenige Ausnahmen ~~--nicht~~ gleich Propheten mit allumfassenden Erklärungen für das Wahldebakel und neuen Heilsbotschaften aufgeschwungen haben. In großer Mehrheit hatte sich die Partei eine Phase des Innehaltens und des Nachdenkens verordnet. Und das war auch richtig so.

Begründung

Das haben wir anders wahrgenommen. Eigentlich wurde von verschiedenen Seiten sehr schnell die "böse Steuerpolitik" dafür verantwortlich gemacht, dass das Ergebnis so schlecht war.

FR-04-019

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom 30.10.2014)

Gegenstand: Die Leitlinien der Grünen für eine Regierungsbeteiligung 2017: Ökologisch, gerecht, frei und eigenständig

Im Absatz von Zeile 17 - 24:

Jetzt, ein Jahr nach der Bundestagswahl, gilt es, den Blick nach vorne zu richten. In drei Jahren wird ein neuer Bundestag gewählt. Das Ziel ist dabei klar: Grüne sollen auch im Bund wieder regieren --~~nicht~~ als Selbstzweck und um jeden Preis, sondern auf Grundlage unserer Werte, Konzepte und Inhalte. Jeder Tag der großen Koalition zeigt, wie wichtig das ist. Es ist ganz einfach: Nur Grüne bringen in einer Koalition mit SPD oder CDU deren beste Seiten zum Vorschein - weil bei uns die Inhalte zählen. Das zeigen die Erfahrungen in den sieben Landesregierungen mit grüner Beteiligung.

Begründung

Der Antrag wirkt insgesamt recht stark regierungsaffin. Das finden wir super. Deswegen wollen wir das stärker in den Antrag einbringen.

FR-04/01

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand GRÜNE JUGEND (Beschluss vom
30.10.2014)

Gegenstand: **Die Leitlinien der Grünen für eine
Regierungsbeteiligung 2017: Ökologisch,
gerecht, frei und eigenständig**

Ersetze alles durch:

"Weil uns die Grüne Eigenständigkeit und die Partei wichtig ist, beteiligen wir Antragsteller_innen uns in Zukunft intensiv mit den von der Bundespartei initiierten Debattenprozessen zur Zukunft der Grünen. Einen eigenen Antrag aus Hessen zur Zukunft der Bundespartei finden wir nicht sinnvoll."

Begründung

Selbsterklärend.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Robert Zion

Gegenstand: §12 (5) es fehlen Sammelfristen für Sonder-BDK

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

~~ergänzen nach §12 (5) letzter Satz: "Die~~**Die** unter Punkt 4 und 5 erwähnten Quoren sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von ~~drei Monaten~~**achtzehn Kalenderwochen** in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem ersten Antrag bzw. mit der ersten ~~Unterschrift.~~**Unterschrift".**

Begründung

Wir halten das Vorhaben des Bundesvorstandes einer satzungsmäßigen Formalisierung der bisher nicht eindeutig geregelten Einberufung einer Sonder-BDK grundsätzlich für richtig und notwendig. Insbesondere begrüßen wir, dass eine solche Einberufung durch die Kreisverbände in Zukunft über Kreisverbandsbeschlüsse bewirkt werden sollte. Dies entspricht auch nach unseren Erfahrungen einer Überführung einer bisherigen Praxis in unser Satzungsrecht, die zuvor zwischen der Bundesgeschäftsführung und InitiatorInnen ohne entsprechende Satzungsgrundlage einvernehmlich vereinbart wurde.

Allerdings halten wir aus den gleichen Erfahrungen und im Sinne unseres hohen Gutes der Basisdemokratie die vom Bundesvorstand vorgeschlagene Frist von drei Monaten für zu knapp bemessen und stattdessen eine Frist von achtzehn Kalenderwochen für notwendig, realistisch und fair, gerade weil die Kreisverbände höchst unterschiedliche Intervalle bei der Einberufung von Kreismitgliederversammlungen haben und zudem auch Einladungsfristen und unterschiedliche Ferienzeiten in den Bundesländern beachtet werden müssen. Ebenso, weil eine Sonder-BDK immer eine Sondersituation darstellt, die möglichst ausführliche Debatten und Abwägungen in den Kreisverbänden erfordert.

Zugleich bitten wir den Bundesvorstand, gegenüber den Kreisverbänden die Empfehlung auszusprechen, ihre Satzungen gemäß der neuen Bundesregelungen zu überprüfen und bezüglich Einladungsfristen und Ferienzeiten anzupassen.

UnterstützerInnen

Irene Mihalic, KV Gelsenkirchen; Peter Alberts, KV Münster; Lars Kreiseler, KV Dessau-Roßlau; Steffi Lemke, KV Dessau-Roßlau; Corinna Ruffer, KV Trier; Hans Christian Markert, KV Rhein-Kreis Neuss; Andrea Asch, KV Köln; Silke Gajek, KV Schwerin; Michael Gwosdz, KV Hamburg-Altona; Gesche Hand, KV Braunschweig; Carlos Echevoyen, KV Bonn; Rüdiger Bender, KV Erfurt; Regina Klünder, KV Kiel; Patrick Jedamzik, KV Gelsenkirchen; Katja Bender, KV Dortmund; Maik Babenhauserheide, KV Herford; Manuel Kochinski, KV Berlin-Mitte; Michael Musil, KV Westerwald; Dietmar Ferger, KV Lörrach; Dennis Nawrot, KV Gelsenkirchen

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Dr. Philipp Schmagold, KV Kiel

Gegenstand: §12 (5) es fehlen Sammelfristen für Sonder-BDK

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

ergänzen nach §12 (5) letzter Satz: "Die unter Punkt 4 und 5 erwähnten Quoren sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von ~~drei Monaten~~ 26 Kalenderwochen in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

Begründung

Die bisher übliche zeitlich unbegrenzte Phase der Unterschriftensammlung für eine Sonder-BDK muss nicht gleich auf die relativ kurze Frist von drei Monaten geändert werden.

Mindestens 6 Monate oder aber 12 Monate sollten schon Zeit sein, um die entsprechenden Unterschriften zu sammeln und einzureichen. Schnell sind z.B. die Sommerferien vorbei (die sich z.B. im Jahr 2015 von Ende Juni in Nordrhein-Westfalen bis Mitte September in Bayern ziehen) und damit die Frist schon fast vergangen. Durch die Satzungsänderung würden alle Unterschriftensammlungen für Sonder-BDKen ungültig, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten zum Erfolg führen. Die demokratischen Beteiligungsinstrumente Sonder-BDK und Urabstimmung werden wirklich nicht übermäßig stark genutzt, im Gegenteil. Sie dürfen durch sehr knappe Sammelfristen nicht faktisch abgeschafft werden.

Wir GRÜNE sollten uns klar für eine ausreichende Phase der Unterschriftensammlung aussprechen und unsere Beteiligungsrechte so vor einer überzogenen Reglementierung schützen. Wenn wir überhaupt eine zeitliche Begrenzung benötigen, dann wenigstens eine faire. Zum Vergleich: Die europäische Bürgerinitiative hat 12 Monate Zeit zur Unterschriftensammlung.

UnterstützerInnen

Irmgard Winkelkemper, KV Hersfeld-Rotenburg Michael Keßler, KV Ludwigshafen am Rhein Lucia Gerharz, KV Offenbach Jörn Naber, KV Potsdam Hanna Leinemann, KV Kiel Christoph Germeier, KV Harz Edwin Klösel, KV Günzburg Matthias Grünberg, KV Würzburg-Stadt Hans-Jörg Hosch, KV München-Land Ulrich Chilian, KV Wiesbaden Gregor Simon, KV Bergstraße Jörg Faulhammer, KV Esslingen Daniel Schröder, KV Wesel Markus Erdmann, KV Neuwied Erich Stichel, KV Main-Taunus Manuel Dethloff, KV Kiel Mukhtar Sheekh Cali, KV Kiel Kai Herlemann, KV Osnabrück-Stadt Christian Schabronath, KV Lindau Ulrich Hühn, KV Kiel

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Dr. Philipp Schmagold

Gegenstand: §12 (5) es fehlen Sammelfristen für Sonder-BDK

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

ergänzen nach §12 (5) letzter Satz: "Die unter Punkt 4 und 5 erwähnten Quoren sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von ~~drei Monaten~~ 52 Kalenderwochen in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

Begründung

Die bisher übliche zeitlich unbegrenzte Phase der Unterschriftensammlung für eine Sonder-BDK muss nicht gleich auf die relativ kurze Frist von drei Monaten geändert werden.

Mindestens 6 Monate oder aber 12 Monate sollten schon Zeit sein, um die entsprechenden Unterschriften zu sammeln und einzureichen. Schnell sind z.B. die Sommerferien vorbei (die sich z.B. im Jahr 2015 von Ende Juni in Nordrhein-Westfalen bis Mitte September in Bayern ziehen) und damit die Frist schon fast vergangen. Durch die Satzungsänderung würden alle Unterschriftensammlungen für Sonder-BDKen ungültig, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten zum Erfolg führen. Die demokratischen Beteiligungsinstrumente Sonder-BDK und Urabstimmung werden wirklich nicht übermäßig stark genutzt, im Gegenteil. Sie dürfen durch sehr knappe Sammelfristen nicht faktisch abgeschafft werden.

Wir GRÜNE sollten uns klar für eine ausreichende Phase der Unterschriftensammlung aussprechen und unsere Beteiligungsrechte so vor einer überzogenen Reglementierung schützen. Wenn wir überhaupt eine zeitliche Begrenzung benötigen, dann wenigstens eine faire. Zum Vergleich: Die europäische Bürgerinitiative hat 12 Monate Zeit zur Unterschriftensammlung.

UnterstützerInnen

Irmgard Winkelkemper, KV Hersfeld-Rotenburg Michael Keßler, KV Ludwigshafen am Rhein Lucia Gerharz, KV Offenbach Jörn Naber, KV Potsdam Hanna Leinemann, KV Kiel Christoph Germeier, KV Harz Edwin Klösel, KV Günzburg Matthias Grünberg, KV Würzburg-Stadt Hans-Jörg Hosch, KV München-Land Ulrich Chilian, KV Wiesbaden Gregor Simon, KV Bergstraße Jörg Faulhammer, KV Esslingen Daniel Schröder, KV Wesel Markus Erdmann, KV Neuwied Erich Stichel, KV Main-Taunus Manuel Dethloff, KV Kiel Mukhtar Sheekh Cali, KV Kiel Kai Herlemann, KV Osnabrück-Stadt Christian Schabronath, KV Lindau u.a.

S-14-03

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Sandra Hildebrandt

Gegenstand: §13 Antragsberechtigung zum Länderrat

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

die BAGen, der SprecherInnenrat der BAGen, die Kreismitgliederversammlungen und Kreisdelegiertenversammlungen,

Begründung

Im SprecherInnenrat (SpR) der Bundesarbeitsgemeinschaften (BAGen) sitzen alle SprecherInnen der BAGen. Die SprecherInnen werden in den BAGen gewählt, die sich wiederum aus gewählten Delegierten aus den Landesarbeitsgemeinschaften, den Landtagsfraktionen, der Bundestags- und der Europaparlamentsfraktion, der GRÜNEN JUGEND sowie aus in der BAG gewählten Kooptierten zusammen setzen. Damit besitzt der SpR eine hohe demokratische Legitimität. Im SpR werden unter anderem auch Verfahren der Partei auf BAG-Sitzungen, auf Bundesdelegiertenkonferenzen oder zum Länderrat diskutiert. Dadurch sind in der Vergangenheit Änderungsanträge zum BAG-Statut oder zur Satzung entstanden, die jedoch als Namensanträge eingereicht werden mussten. Aufgrund der Legitimität des SprecherInnenrats sowie seiner Funktion sollte auch er Antragsberechtigt sein.

UnterstützerInnen

Frederik Landshöft, KV Krefeld; Anna Cavazzini, KV Berlin Mitte; Friedel Battenberg, KV Darmstadt-Dieburg; Charlotte Lorentz, KV Kreisfrei; Hans-Jürgen Kuhn, KV Uckermark; Kerstin Taeubner-Benicke, KV Starnberg; Willi Kulke, KV Bielefeld; Natascha Werning, KV Mannheim; Felix Deist, KV Essen; Anna Paul, KV Münster; Malte Spitz, KV Münster; Jutta Paulus, KV Neustadt/W.; Rainer Bode, KV Münster; Mareike Engels, KV Hamburg-Altona; Michael Scharfschwerdt, KV Berlin-Mitte; Anja Schillhaneck, KV Berlin kreisfrei; Hermino Katzenstein, KV Odenwald-Kraichgau; Catharina Jäger, KV Meißen; Jaime Timoteo Gonzalez, KV Breisgau Hochschwarzwald u.a.

S-14-04

Änderungsantrag

**38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Hamburg, 21. - 23.11.2014**

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Gegenstand: §13 Antragsberechtigung zum Länderrat

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

~~die Grüne~~ der Bundesvorstand der Grünen Jugend sowie drei Mitglieder des
Länderrates, die gemeinschaftlich

Begründung

Begründung: Präziser.

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Dr. Philipp Schmagold

Gegenstand: § 24 Urabstimmung, enthält keine Frist für die Beantragung einer Urabstimmung

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

Ergänzen nach §24 (2) letzter Satz: "Die unter Punkt 1-3 erwähnten Quoren sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von ~~drei Monaten~~ 26 Kalenderwochen in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

Begründung

Die bisher übliche zeitlich unbegrenzte Phase der Unterschriftensammlung für eine Urabstimmung muss nicht gleich auf die relativ kurze Frist von drei Monaten geändert werden.

Mindestens 6 Monate oder aber 12 Monate sollten schon Zeit sein, um die entsprechenden Unterschriften zu sammeln und einzureichen. Schnell sind z.B. die Sommerferien vorbei (die sich z.B. im Jahr 2015 von Ende Juni in Nordrhein-Westfalen bis Mitte September in Bayern ziehen) und damit die Frist schon fast vergangen. Durch die Satzungsänderung würden alle Unterschriftensammlungen für eine Urabstimmung ungültig, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten zum Erfolg führen. Die demokratischen Beteiligungsinstrumente Urabstimmung und Sonder-BDK werden wirklich nicht übermäßig stark genutzt, im Gegenteil. Sie dürfen durch sehr knappe Sammelfristen nicht faktisch abgeschafft werden.

Wir GRÜNE sollten uns klar für eine ausreichende Phase der Unterschriftensammlung aussprechen und unsere Beteiligungsrechte so vor einer überzogenen Reglementierung schützen. Wenn wir überhaupt eine zeitliche Begrenzung benötigen, dann wenigstens eine faire. Zum Vergleich: Die europäische Bürgerinitiative hat 12 Monate Zeit zur Unterschriftensammlung.

UnterstützerInnen

Irmgard Winkelkemper, KV Hersfeld-Rotenburg Michael Keßler, KV Ludwigshafen am Rhein Aenne Schröder, KV Bonn Jörn Naber, KV Potsdam Lucia Gerharz, KV Offenbach Christoph Germeier, KV Harz Hanna Leinemann, KV Kiel Edwin Klösel, KV Günzburg Matthias Grünberg, KV Würzburg-Stadt Hans-Jörg Hosch, KV München-Land Ulrich Chilian, KV Wiesbaden Gregor Simon, KV Bergstraße Jörg Faulhammer, KV Esslingen Daniel Schröder, KV Wesel Markus Erdmann, KV Neuwied Erich Stichel, KV Main-Taunus Manuel Dethloff, KV Kiel Mukhtaar Sheekh Cali, KV Kiel Kai Herlemann, KV Osnabrück-Stadt u.a.

S-19-03-1

Änderungsantrag

38. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz Hamburg, 21. - 23.11.2014

AntragsstellerIn: Dr. Philipp Schmagold, KV Kiel

Gegenstand: § 24 Urabstimmung, enthält keine Frist für die
Beantragung einer Urabstimmung

Im Absatz von Zeile 2 - 5:

Ergänzen nach §24 (2) letzter Satz: "Die unter Punkt 1-3 erwähnten Quoren sind erreicht, wenn die benötigten Unterschriften innerhalb einer Frist von ~~drei Monaten~~52 Kalenderwochen in der Bundesgeschäftsstelle eingegangen sind. Die Frist beginnt mit dem ersten Antrag bzw. mit der ersten Unterschrift."

Begründung

Die bisher übliche zeitlich unbegrenzte Phase der Unterschriftensammlung für eine Urabstimmung muss nicht gleich auf die relativ kurze Frist von drei Monaten geändert werden.

Mindestens 6 Monate oder aber 12 Monate sollten schon Zeit sein, um die entsprechenden Unterschriften zu sammeln und einzureichen. Schnell sind z.B. die Sommerferien vorbei (die sich z.B. im Jahr 2015 von Ende Juni in Nordrhein-Westfalen bis Mitte September in Bayern ziehen) und damit die Frist schon fast vergangen. Durch die Satzungsänderung würden alle Unterschriftensammlungen für eine Urabstimmung ungültig, wenn sie nicht innerhalb von drei Monaten zum Erfolg führen. Die demokratischen Beteiligungsinstrumente Urabstimmung und Sonder-BDK werden wirklich nicht übermäßig stark genutzt, im Gegenteil. Sie dürfen durch sehr knappe Sammelfristen nicht faktisch abgeschafft werden.

Wir GRÜNE sollten uns klar für eine ausreichende Phase der Unterschriftensammlung aussprechen und unsere Beteiligungsrechte so vor einer überzogenen Reglementierung schützen. Wenn wir überhaupt eine zeitliche Begrenzung benötigen, dann wenigstens eine faire. Zum Vergleich: Die europäische Bürgerinitiative hat 12 Monate Zeit zur Unterschriftensammlung.

UnterstützerInnen

Irmgard Winkelkemper, KV Hersfeld-Rotenburg Michael Keßler, KV Ludwigshafen am Rhein Aenne Schröder, KV Bonn Jörn Naber, KV Potsdam Lucia Gerharz, KV Offenbach Christoph Germeier, KV Harz Hanna Leinemann, KV Kiel Edwin Klösel, KV Günzburg Matthias Grünberg, KV Würzburg-Stadt Hans-Jörg Hosch, KV München-Land Ulrich Chilian, KV Wiesbaden Gregor Simon, KV Bergstraße Jörg Faulhammer, KV Esslingen Daniel Schröder, KV Wesel Markus Erdmann, KV Neuwied Erich Stichel, KV Main-Taunus Manuel Dethloff, KV Kiel Mukhtaar Sheekh Cali, KV Kiel Kai Herlemann, KV Osnabrück-Stadt Christian Schabronath, KV Lindau Ulrich Hühn, KV Kiel